

Demografischer Wandel in Deutschland



Heft 1

Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung
im Bund und in den Ländern

Ausgabe 2007

Demografischer Wandel in Deutschland

Heft 1

Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung
im Bund und in den Ländern

Ausgabe 2007

Herausgeber:

Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Herstellung und Redaktion:

Statistisches Bundesamt

65180 Wiesbaden

Telefon: +49 (0) 611 / 75 24 05

Telefax: +49 (0) 611 / 75 33 30

www.destatis.de/kontakt

Fachliche Informationen

zu dieser Veröffentlichung:

Statistisches Bundesamt

Gruppe VI A „Volkszählung, Bevölkerungsentwicklung“

Telefon: +49 (0) 611 / 75 22 42

Telefax: +49 (0) 611 / 75 30 69

demografie@destatis.de

Erscheinungsfolge: einmalig

Erschienen im Dezember 2007

Fotorechte:

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2007

(im Auftrag der Herausbergemeinschaft)

Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Der demografische Wandel und seine möglichen Folgen

Geburtenrückgang, Alterung und schrumpfende Bevölkerung sind in den letzten Jahren zu Recht in das Zentrum der öffentlichen Diskussion gerückt. Diskutiert werden dabei vor allem die Folgen für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. Die sinkende Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und die gleichzeitig steigende Zahl an älteren Bevölkerungsgruppen verschieben den demografischen Rahmen in bisher nicht gekannter Art und Weise. Zwar hat sich die Zahl und Struktur der Einwohner in Deutschland auch in den letzten Jahrzehnten schon deutlich verändert, dieser als schleichend empfundene Strukturbruch wird sich in den nächsten Jahren jedoch deutlich beschleunigen. So kommen heute auf 100 Personen im Erwerbsalter (20 bis unter 65 Jahre) 32 Personen im Rentenalter (ab 65 Jahre); 2030 dürften es mehr als 50 sein. 1970 lag dieser so genannte Altenquotient noch bei 25.

Neben den laufenden Bevölkerungsstatistiken erstellt die amtliche Statistik seit Mitte der 1960er Jahre zwischen Bund und Ländern abgestimmte Bevölkerungsvorausberechnungen, die auf der Basis von plausiblen Annahmen zur Geburtenentwicklung, Lebenserwartung und grenzüberschreitenden Bevölkerungswanderungen Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung aufzeigen. Ende 2006 wurden die Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für den Bund und im Frühjahr 2007 die für die Bundesländer veröffentlicht.

Basierend auf dieser Bevölkerungsvorausberechnung haben das Statistische Bundesamt und die statistischen Landesämter jetzt erstmals gemeinsam Vorausberechnungen zu Folgen der demografischen Entwicklung erstellt. Die Berechnungen hierzu wurden mit transparenten Verfahren durchgeführt und zeigen aus heutiger Sicht mögliche Folgen der demografischen Entwicklung im Bund und in den einzelnen Bundesländern auf. Betrachtet werden nur Themenfelder, die in hohem Maße „demografieabhängig“ sind.

Das hier vorliegende Heft 1 der Serie „Demografischer Wandel in Deutschland“ beleuchtet neben der Bevölkerungsentwicklung wie sich Zahl und Zusammensetzung der Haushalte im Bund und in den Ländern entwickeln dürften. Heft 2 wird die Auswirkungen des demografischen Wandels auf in Krankenhäusern behandelte Patienten und die zukünftige Zahl an Pflegebedürftigen aufzeigen. In Heft 3 wird das absehbare Potenzial an Schülern und die Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen für Vorschulkinder dargestellt. Aufgrund der vielen Interdependenzen und Einflussgrößen werden keine Analysen zu den wirtschaftlichen Folgen des demografischen Wandels durchgeführt. Es ist jedoch geplant, im kommenden Jahr eine Analyse zu den möglichen Folgen für das Potenzial an Erwerbspersonen vorzunehmen.

Walter Radermacher
Präsident des Statistischen Bundesamtes

Dr. Wolfgang Bick
Präsident des Statistischen Amtes
für Hamburg und Schleswig-Holstein

Einführung	6
Teil 1 Bevölkerungsentwicklung	8
1.1 Bevölkerungsentwicklung bis 2030	8
1.2 Natürliche Bevölkerungsbilanz: Steigende Lebenserwartung bei niedriger Geburtenrate	10
1.3 Wanderungen: Mehr Zuzüge als Fortzüge	16
1.4 Sinkende Bevölkerungszahl	19
1.5 Deutliche Änderungen im Altersaufbau	21
Teil 2 Entwicklung der Privathaushalte	26
2.1 Haushaltsgröße sinkt weiter	26
2.2 Zahl der Privathaushalte steigt	30
Literaturverzeichnis	35

Das erste Heft der Serie „Demografischer Wandel in Deutschland“ zeigt, wie sich Größe, Zusammensetzung und regionale Verteilung der Bevölkerung und Haushalte in den nächsten Jahrzehnten voraussichtlich entwickeln. Diese Veränderungen werden sich auf verschiedenste Lebensbereiche auswirken. Hierzu gehören die Auswirkungen auf Kinderbetreuungseinrichtungen, das Bildungswesen, Zahl und Struktur der Erwerbspersonen und den Gesundheits- und Pflegesektor. In den folgenden Heften der Serie „Demografischer Wandel in Deutschland“ werden diese Bereiche beleuchtet.

Der demografische Wandel in Deutschland ist schon in vollem Gange. Seit über drei Jahrzehnten folgt auf jede Generation eine kleinere Generation, weil die Zahl der geborenen Kinder nicht ausreicht, um die Elterngeneration zu ersetzen. Es sterben mehr Menschen, als Kinder geboren werden. Ohne Zuwanderung aus dem Ausland würde Deutschlands Bevölkerung bereits seit langem rapide schrumpfen. In den letzten Jahren war der Wanderungsgewinn jedoch zurückgegangen und reichte nicht mehr aus, um den Überschuss der Sterbefälle über die Geburten auszugleichen. Deshalb geht die Bevölkerung seit 2003 kontinuierlich zurück. Langfristig wird die immer weiter aufgehende Schere zwischen den Zahlen der Geborenen und Gestorbenen nicht durch Zuwanderung zu schließen sein; dazu wären weit höhere Wanderungsüberschüsse nötig als in der Vergangenheit. Zum anderen hat der demografische Wandel bereits jetzt starke Spuren am Altersaufbau der Bevölkerung hinterlassen: Auf die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er folgen weit geringer besetzte Jahrgänge jüngerer Generationen. Mit dem fortschreitenden Alter der „Baby-Boomer“ wird deshalb auch die Bevölkerung Deutschlands stärker als bisher altern. Dieser Effekt wird durch die zunehmende Lebenserwartung der Hochbetagten noch verstärkt.

Basis der Analysen zu den Auswirkungen des demografischen Wandels ist die 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung der statistischen Ämter.¹⁾ Im ersten Teil dieses Heftes wird die sich aus ihr ergebende demografische Entwicklung für den Bund und die einzelnen Bundesländer betrachtet. Dabei werden die Geburten und Sterbefälle, die die beiden Seiten der natürlichen Bevölkerungsbilanz bilden, mit ihrer aktuellen und künftigen Entwicklung dargestellt. Hinzu kommt der dritte, die Bevölkerungsentwicklung bestimmende Faktor: die Wanderungen über die Grenzen Deutschlands und zwischen den Bundesländern. Diese drei Faktoren bestimmen den zukünftigen Altersaufbau der Bevölkerung. Da Binnenwanderungsannahmen nur bis zum Jahr 2020 getroffen wurden, werden die Länderergebnisse für die Jahre nach 2020 in diesem und den folgenden Heften dieser Reihe nicht dargestellt.

Im zweiten Teil dieses Heftes werden zwei Szenarien zur Entwicklung von Anzahl und Struktur privater Haushalte gezeigt. Dabei gilt, dass die sich abzeichnenden Veränderungen von zwei gegenläufigen Tendenzen bestimmt werden: einerseits der Schrumpfung der Bevölkerung und andererseits dem Trend zu kleineren Haushaltsgrößen. Die aktuelle Entwicklung und die Vorausberechnungen zeigen, dass eine abnehmende Bevölkerung deshalb nicht unbedingt zu einer geringeren Haushaltszahl führen muss.

1) Siehe Statistisches Bundesamt 2006a, 2006b und 2007a.

Zahl und Struktur der Haushalte sind zudem eine wichtige Determinante für die zukünftige Wohnungsnachfrage. Da die Wohnungsnachfrage regional innerhalb eines Bundeslandes oder einer Region sehr unterschiedlich sein kann und neben rein demografischen Faktoren gerade auch wirtschaftliche Aspekte eine große Rolle spielen, kann die absehbare Entwicklung von Zahl und Struktur privater Haushalte nur einen Gesamtrahmen für den zukünftigen Wohnungsbedarf aufzeigen. Letztlich sind regional (kleinräumig) deutliche Unterschiede zu erwarten, die mit der regionalen Gliederungstiefe nach Bundesländern nicht hinreichend abgebildet werden können.

Neben diesen zwischen Statistischem Bundesamt und statistischen Landesämtern koordinierten Vorausberechnungen wurden in den letzten Jahren von einigen Bundesländern eigenständige Bevölkerungsvorausberechnungen und Vorausberechnungen zu möglichen Folgen des demografischen Wandels auf regionaler Ebene erstellt.²⁾ Aufgrund unterschiedlicher Annahmen und methodischer Unterschiede können die Ergebnisse der hier vorliegenden koordinierten Vorausberechnungen von den eigenständigen Vorausberechnungen der Länder abweichen.

2) Siehe Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen 2005, 2006a und 2006b, Nickel 2005, Pristl 2003, Staatsministerium Baden-Württemberg 2004, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2005, Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2004.

Teil 1 Bevölkerungsentwicklung

1.1 Bevölkerungsentwicklung bis 2030

Bevölkerung sinkt um 5 Millionen bis 2030

Die allgemeine Bevölkerungsentwicklung in Deutschland in den kommenden Jahrzehnten ist weitgehend vorgezeichnet. Im Jahr 2030 werden in Deutschland voraussichtlich nur noch rund 77 Millionen Einwohner leben. Dies entspricht einem Rückgang der Einwohnerzahl gegenüber dem Jahr 2005 um mehr als 5 Millionen Personen (–6,4%). Der Rückgang der Einwohnerzahl geht einher mit einer spürbaren strukturellen Veränderung in der Zusammensetzung der Bevölkerung.

Alterung führt zu 40% mehr über 65-Jährigen

Der Bevölkerungsrückgang zeigt sich am deutlichsten in der Gruppe der unter 20-Jährigen: Im Jahr 2030 werden voraussichtlich fast ein Viertel weniger Kinder und Jugendliche in Deutschland leben als heute. Statt 16,5 Millionen heute werden es nur noch 12,7 Millionen unter 20-Jährige sein. Die Personen im erwerbsfähigen Alter – üblicherweise die Altersjahrgänge der 20- bis unter 65-Jährigen – werden ebenfalls deutlich um ca. 15% beziehungsweise 7,7 Millionen Menschen zurückgehen. Die Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren wird hingegen um rund 40% von knapp 16 Millionen im Jahr 2005 auf über 22 Millionen Personen im Jahr 2030 ansteigen.

Unterschiedliche Entwicklung in den Bundesländern

Die hier für Deutschland insgesamt dargestellte Entwicklung wird in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich ausfallen. Die Binnenwanderung vor allem in Richtung Süddeutschland und in die Stadtstaaten mildert einerseits dort den Bevölkerungsrückgang, verstärkt aber andererseits Alterung und Bevölkerungsrückgang in den „Auswanderungsländern“. In den folgenden Abschnitten des Teils 1 wird dies deutlich. Annahmen zur Binnenwanderung wurden nur bis zum Jahr 2020 getroffen, da die weitere Entwicklung aus heutiger Sicht mit zu hohen Unsicherheiten behaftet ist. Ergebnisse auf Länderebene werden deshalb hier auch nur bis 2020 betrachtet.

Im Folgenden werden die Einflussfaktoren (Geburtenentwicklung, Sterblichkeit, Wanderungen) auf die Bevölkerungsentwicklung im Einzelnen dargestellt und erläutert. Da die zukünftige Entwicklung trotz sorgfältiger Analyse heute ungewiss ist, wurden für die Bevölkerungsvorausberechnung mehrere Szenarien berechnet. In diesem Heft sind Ergebnisse einer der Varianten der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung dargestellt, welche für die weiterführenden Projektionen zu Grunde gelegt wurde. Die dafür getroffenen Annahmen sind in dem folgenden Kasten mit methodischen Erläuterungen aufgeführt. Bei einem Szenario mit höheren Außenwanderungsgewinnen und steigender Geburtenrate würden Bevölkerungsrückgang und Alterung weniger gravierend ausfallen, bei einem Szenario mit zukünftig sinkender Geburtenrate dagegen noch drastischer.

Methodische Anmerkungen

Die folgenden Ausführungen beruhen zum einen auf den Ergebnissen der laufenden Bevölkerungsstatistik und zum anderen auf den Ergebnissen der 11., zwischen den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Bei der künftigen Entwicklung, die im Fokus der Betrachtung steht, handelt es sich nicht um eine Prognose. Die Bevölkerungsvorausberechnungen liefern Aussagen, die nur dann eintreten (würden), wenn sich auch alle getroffenen Annahmen erfüllen.

Bei der Interpretation der im Folgenden dargestellten künftigen Entwicklungen sollen deshalb stets die zu Grunde liegenden Annahmen berücksichtigt werden. Im vorliegenden Heft geht es um die Annahmen einer Variante der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, welche die so genannte Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung darstellt.

Annahmen der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung – Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung

	Für Deutschland:	Für die Länder:
Außenwanderung:	Jährlicher Außenwanderungssaldo 2006: +50 000 Personen 2007: +75 000 Personen ab 2008: +100 000 Personen	Verteilung des Außenwanderungssaldos nach Ländern entsprechend dem mehrjährigen Durchschnitt.
Binnenwanderung:	–	Binnenwanderungsannahmen wurden bis 2020 getroffen. Der Wanderungsverlust der neuen an die alten Länder geht im Zeitraum von 2005 bis 2020 von 49 000 auf 8 000 Personen zurück.
Geburtenhäufigkeit:	Annähernd konstant bei durchschnittlich 1,4 Kindern je Frau	In den alten Ländern annähernd konstant; in den neuen Ländern weitere Annäherung an das westdeutsche Geburtenniveau und an die Verteilung der Geburten nach dem Alter der Mutter. Länderspezifische Unterschiede bleiben erhalten.
Lebenserwartung:	Zielwerte für Neugeborene im Jahr 2030 -Jungen: 80,6 Jahre -Mädchen: 85,5 Jahre	In den alten Ländern gleicher Trend wie für Deutschland insgesamt. In den neuen Ländern zuerst schnellerer Anstieg, dann gleicher Trend wie für Deutschland.

Die Variante Obergrenze der „mittleren“ Bevölkerung stellt die Entwicklung bei einem Wanderungssaldo von 200 000 Personen jährlich dar; die anderen Annahmen sind die gleichen wie bei der Untergrenze. Diese beiden Varianten markieren die Grenzen eines Korridors, in dem sich die Bevölkerungsgröße und der Altersaufbau entwickeln werden, wenn sich die aktuellen demografischen Trends fortsetzen.

Über die beiden Varianten der „mittleren“ Bevölkerung hinaus umfasst die 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung weitere Varianten, die zeigen, wie sich die Bevölkerung bei einer zukünftig leicht fallenden oder steigenden Geburtenhäufigkeit oder bei einem höheren Anstieg der Lebenserwartungen entwickeln würde. Aus der Kombination unterschiedlicher Annahmen zu Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung und Außenwanderung ergeben sich insgesamt zwölf Varianten der möglichen Bevölkerungsentwicklung. Ergebnisse dieser Varianten sind in anderen Veröffentlichungen dargestellt³⁾. Die in dem vorliegenden Heft sowie in allen folgenden Heften dieser Reihe gezeigten Ergebnisse basieren ausschließlich auf der oben beschriebenen Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung.

Neben den Faktoren Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung und Außenwanderung hängt die regionale Bevölkerungsentwicklung in starkem Maße von der Binnenwanderung ab. Annahmen zur Binnenwanderung wurden in der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung bis zum Jahr 2020 getroffen. Daher werden in diesem und in den folgenden Heften dieser Reihe Ergebnisse nach Bundesländern nur bis zum Jahr 2020 dargestellt. Für den Bund werden darüber hinaus Ergebnisse bis zum Jahr 2030 gezeigt.

3) Siehe Fußnote 1.

1.2 Natürliche Bevölkerungsbilanz: Steigende Lebenserwartung bei niedriger Geburtenrate

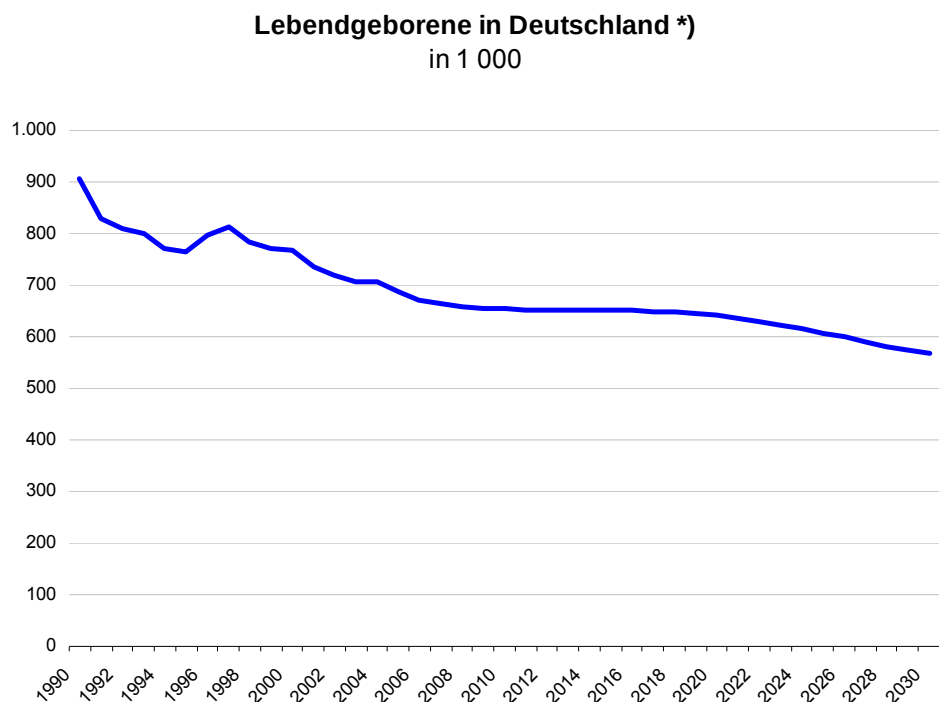
Geburtenentwicklung

Die Zahl der geborenen Kinder beeinflusst zum einen, welcher Bedarf zum Beispiel an Kinderbetreuungsplätzen, Kinderärzten, Lehrern, Schulen etc. in den nächsten Jahren bestehen wird. Anhand der Geburtenzahlen kann auch vorausgeschätzt werden, wie sich in Zukunft die Zahl der Menschen im arbeitsfähigen Alter entwickeln dürfte. Zum anderen beeinflusst die Zahl der geborenen Kinder die Bevölkerung insgesamt: Gibt es genau so viel oder mehr Geburten als Sterbefälle, bleibt die Bevölkerung stabil oder sie steigt an. Ist die Geburtenzahl niedriger als die Zahl der Sterbefälle, nimmt die Bevölkerung ab. Wanderungen können diese „natürliche“ Entwicklung allerdings verändern.

Langfristiger Rückgang der Geburten

Seit der deutschen Vereinigung ist die Zahl der Neugeborenen in Deutschland von 830 000 (1991) auf ca. 686 000 (2005), d. h. um 17% gesunken. Auch in den kommenden Jahrzehnten ist mit einem Rückgang zu rechnen: Bis zum Jahr 2030 wird die Geburtenzahl um weitere 17% auf 566 000 Geburten (siehe Abbildung 1) abnehmen.

Abbildung 1



*) Ab 2006 Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung).

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Diese Entwicklung ist die Folge eines bereits lange Zeit bestehenden niedrigen Geburtenniveaus: Die Geburtenhäufigkeit beträgt weit unter 2,1 Kindern je Frau. Solange dies so bleibt, wird jede folgende Müttergeneration kleiner als die vorherige. Die heute etwa 30-jährigen Frauen werden weit weniger Kinder zur Welt bringen, als es für den zahlenmäßigen Ersatz ihrer Generation erforderlich wäre. Sind ihre Töchter einmal erwachsen und haben ebenfalls durchschnittlich weniger als 2,1 Kinder, wird die künftige Kinderzahl weiter sinken, weil die Zahl potenzieller Mütter immer kleiner wird.

Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau⁴⁾ lag in Deutschland im Jahr 2005 bei 1,34 Kindern. Innerhalb Deutschlands zeichnen sich regionale Unterschiede ab: Die höchste Geburtenhäufigkeit weist aktuell das Land Niedersachsen auf. Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau lag dort im Jahr 2005 bei 1,39. Auch Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen haben ein relativ hohes Geburtenniveau (1,37 Kinder je Frau in 2005). Unter den neuen Ländern, die sich insgesamt durch eine niedrigere Geburtenhäufigkeit als die westlichen Flächenländer auszeichnen, ist aktuell Sachsen (1,34) das geburtenfreudigste Land. Relativ kinderarm sind die Stadtstaaten und das Saarland. Besonders niedrig ist die Geburtenhäufigkeit in Berlin: Im Jahr 2005 wurden dort durchschnittlich 1,18 Kinder je Frau geboren.

Regionale Unterschiede bei der durchschnittlichen Kinderzahl

Künftig wird für Deutschland ein annähernd konstantes Geburtenverhalten erwartet: Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau wird bis 2025 leicht auf etwa 1,4 zunehmen und danach konstant bleiben. In den alten Ländern bleibt dieses Geburtenniveau überwiegend stabil. In den neuen Ländern, die sich nach dem Einbruch der Geburten der 1990er Jahre allmählich an das westdeutsche Geburtenniveau annähern, wird von einem weiteren Anstieg der Geburtenhäufigkeit ausgegangen. Gleichzeitig wird das durchschnittliche Alter der Mütter bei Geburt ihrer Kinder in den neuen Ländern schneller steigen als in den alten. Dadurch nähert sich das Geburtenverhalten in den alten und den neuen Ländern weiter an.

Leichter Anstieg auf durchschnittlich 1,4 Kinder je Frau bis 2025 wird angenommen

Bis 2020 wird die Zahl der Neugeborenen in fast allen Ländern zurückgehen (siehe Abbildung 2 auf Seite 12). Der absolute Rückgang beträgt nach der Vorausberechnung im Vergleich zum Jahr 2005 in den alten Flächenländern rund 26 000 und den neuen Ländern rund 20 000. Relativ gesehen bedeutet dieser Rückgang für die neuen Länder 20% weniger Geburten, für die alten lediglich 5%. Das Land Berlin wird voraussichtlich einen Rückgang von circa 2 000 Geburten verzeichnen, was einem Verlust von 6% im Vergleich zur Geburtenzahl von 2005 entspricht. In Bremen und Hamburg, die heute sehr niedrige Geburtenhäufigkeiten aufweisen, werden die Geburten dagegen um 6 bzw. 4% ansteigen, was allerdings für die beiden Stadtstaaten zusammen lediglich 1 000 Geburten mehr bedeutet. Hier schlagen vor allem die Zuwanderungsgewinne zu Buche (siehe 1.3 Wanderungen auf Seite 16).

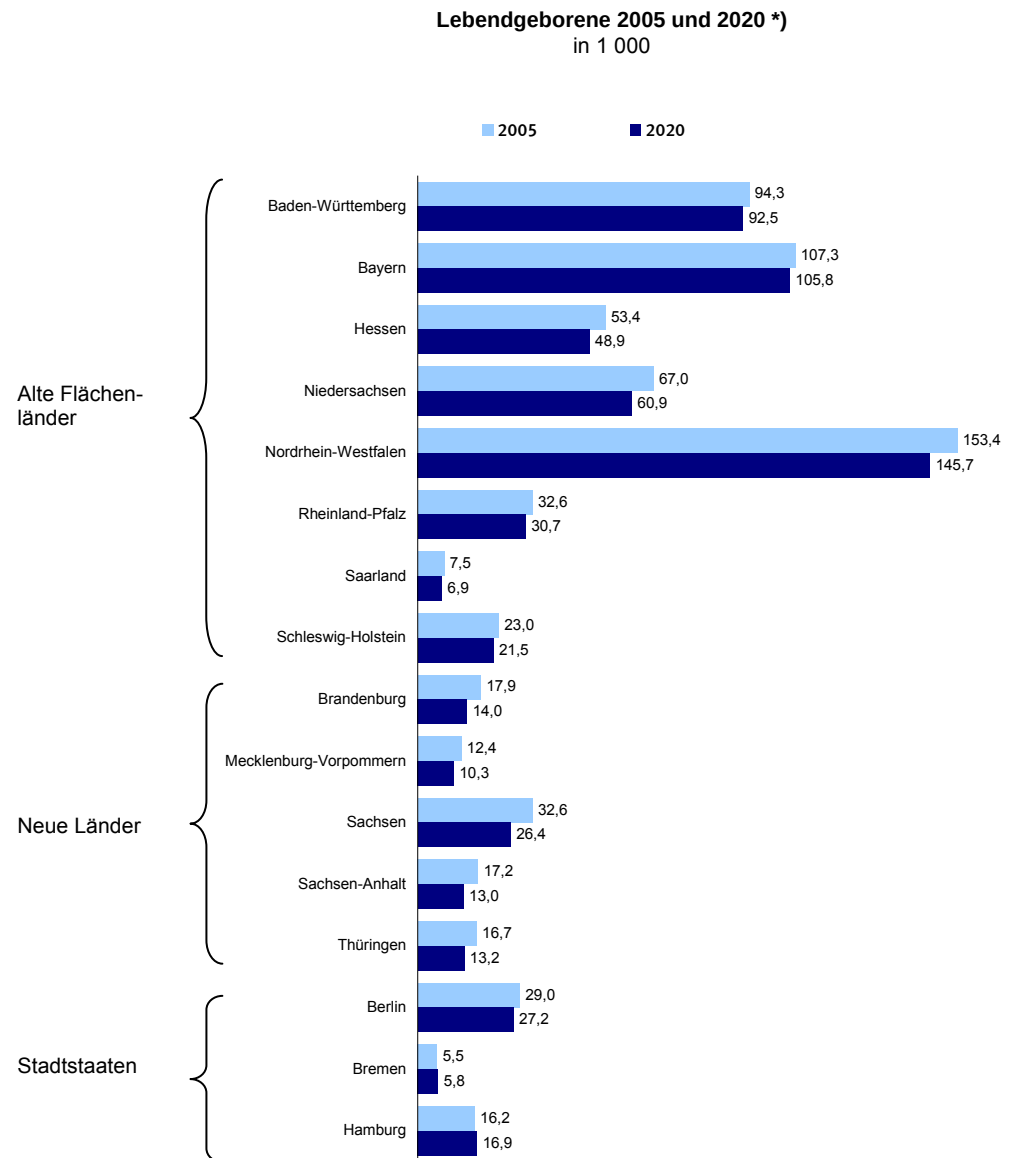
Künftige Geburtenentwicklung in den Ländern

Entwicklung der Sterblichkeit

Während die Geburten für „Zugänge“ in der Bevölkerung sorgen, bilden die Sterbefälle die Gegenseite der natürlichen Bevölkerungsbilanz ab. Die Zahl der Sterbefälle ist im vereinigten Deutschland bis 2001 fast kontinuierlich zurückgegangen. Seitdem stagniert sie um gut 800 000 Fälle im Jahr. Künftig muss jedoch mit einem Anstieg der Sterbefälle gerechnet werden.

⁴⁾ Hier und weiter im Text geht es um eine durchschnittliche hypothetische (auf ein Kalenderjahr bezogene) Zahl der lebendgeborenen Kinder je Frau im Alter von 15 bis 49 Jahren, die aus der Zahl aller in einem Jahr geborenen Kinder von Frauen dieses Alters, untergliedert nach dem Alter der Mütter, berechnet wird: die zusammengefasste Geburtenziffer.

Abbildung 2



*) 2020: Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung).

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

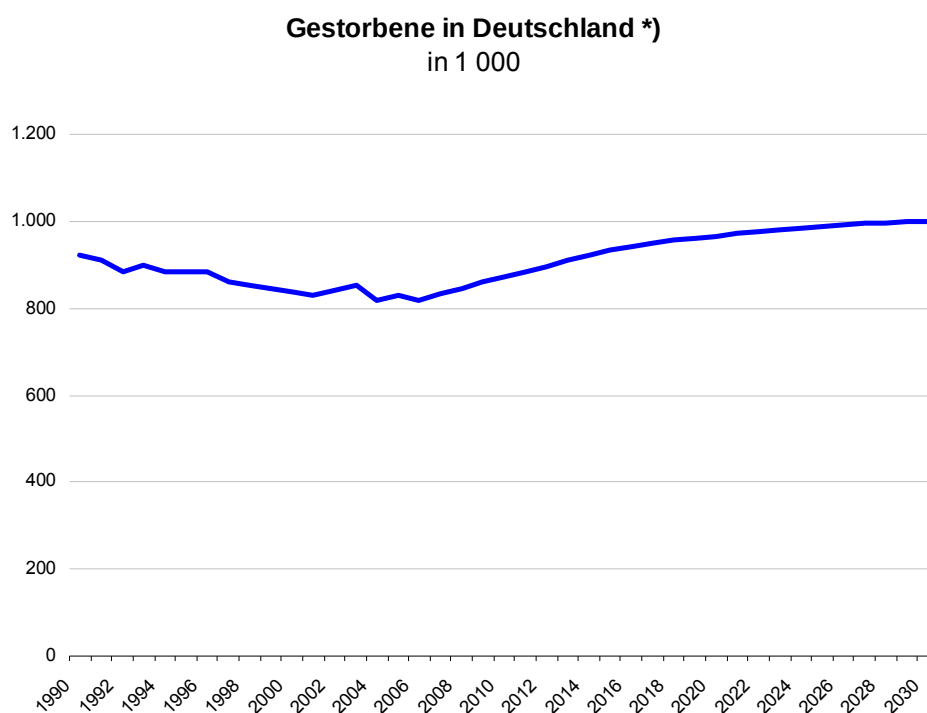
Für diese Entwicklung sind unterschiedliche Einflüsse verantwortlich: Die Zahl der Sterbefälle hängt einerseits von der Lebenserwartung der Bevölkerung ab, die eng mit dem gesundheitlichen Zustand, der Lebensweise der Bevölkerung und dem Niveau der medizinischen Versorgung zusammenhängt. Auf der anderen Seite beeinflusst der Altersaufbau der Bevölkerung die Zahl der Sterbefälle.

In Deutschland nimmt die Lebenserwartung schon lange Zeit zu. In den neuen Ländern war sie 1990 deutlich niedriger als im früheren Bundesgebiet, hat aber inzwischen erheblich zugenommen. Auch im Westen Deutschlands ist sie weiter angestiegen. Dieser Zuwachs an Lebenserwartung hat für eine Abnahme der jährlichen Sterbefälle von 1991 bis 2001 um ca. 80 000 gesorgt.

Mit einem Anstieg der Lebenserwartung wird auch weiter gerechnet. Die aktuelle Stagnation und die zu erwartende künftige Zunahme der Sterbefälle bedeuten also nicht etwa eine Verschlechterung der medizinischen Versorgung oder die Verbreitung von Krankheiten. Der Grund hierfür liegt vielmehr in der veränderten Altersstruktur der Bevölkerung. Die Lebenserwartung nimmt bereits seit einigen Jahren vor allem aufgrund der Gewinne von weiterer Lebenszeit in höheren Altersstufen zu. Dadurch erreichen immer mehr Menschen ein immer höheres Alter. Hinzu kommt, dass in den nächsten Jahren die relativ besser besetzten Jahrgänge von Ende der 1930er Jahre das sehr hohe Alter erreichen werden. Bereits heute ist jeder zweite Gestorbene 80 Jahre oder älter. Aufgrund dieser Entwicklung wird die Zahl der Sterbefälle bis zum Jahr 2030 voraussichtlich auf ca. eine Million steigen (siehe Abbildung 3).

**Aktuelle Altersstruktur
führt zu mehr
Sterbefällen
trotz steigender
Lebenserwartung**

Abbildung 3



*) Ab 2006 Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung).

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt beträgt gegenwärtig für Jungen 76,2 und für Mädchen 81,8 Jahre. In den alten Ländern liegt sie insgesamt immer noch höher als in den neuen. Im Durchschnitt der Jahre 2003 bis 2005 betrug der Abstand zwischen alten und neuen Ländern (ohne Berlin) für die neugeborenen Jungen 1,4 Jahre, für die neugeborenen Mädchen 0,3 Jahre. Die höchste durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt - für Jungen 77,6 Jahre und für Mädchen 82,7 Jahre - wies Baden-Württemberg auf. Die niedrigste Lebenserwartung wurde in Mecklenburg-Vorpommern mit 74,0 Jahren für Jungen und im Saarland mit 80,5 Jahren für Mädchen gemessen.

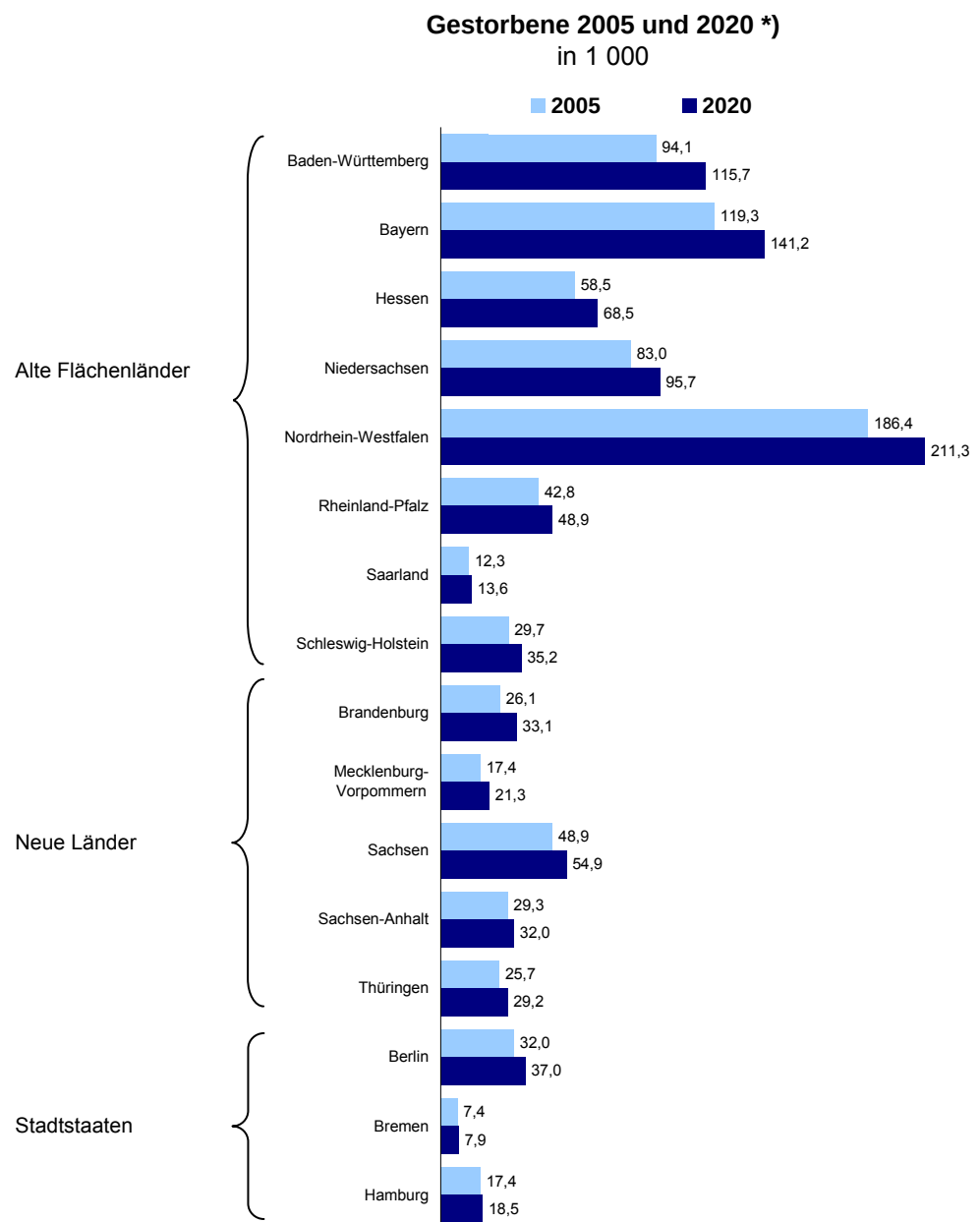
Der weitere Anstieg der Lebenserwartung für die Bevölkerung Deutschlands wird bis zum Jahr 2030 voraussichtlich ca. vier Jahre betragen. Die alten Länder folgen diesem gesamtdeutschen Trend unmittelbar. In den neuen Ländern nimmt die Lebenserwartung anfangs schneller zu und folgt dann ebenfalls der gesamtdeutschen Entwicklung.

Zunahme der Lebenserwartung um vier Jahre erwartet

Künftige Entwicklung der Sterbefälle in den Ländern

Die zunehmende ältere Bevölkerung führt unweigerlich auch zu mehr Sterbefällen in allen Bundesländern (siehe Abbildung 4). Im Jahr 2020 ist nach der Vorausberechnung in den alten Flächenländern mit 104 000 mehr Sterbefällen zu rechnen als im Jahr 2005. Besonders stark sind Länder mit einer großen Zahl an Hochbetagten betroffen: In Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern wird die Zunahme der Sterbefälle über 20% betragen. Für die übrigen westlichen Flächenländer liegt sie - wie auch für die neuen Länder - bei 16%. Die absolute Zunahme fällt in den neuen Ländern jedoch deutlich niedriger aus: hier ist ein Anstieg um etwa 23 000 Fälle zu erwarten. Etwas geringer wird die Zunahme der Sterbefälle in den Stadtstaaten ausfallen: +6 500 Fälle oder +12%.

Abbildung 4



*) 2020: Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung).

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Natürliche Bevölkerungsbilanz

Die Differenz zwischen Geburten und Sterbefällen eines Jahres bildet die natürliche Bevölkerungsbilanz. Diese war für Deutschland im Zeitraum von 1991 bis 2005 durchgängig negativ, d. h. die Zahl der Geborenen hat die Zahl der Gestorbenen nicht ausgeglichen. Dieses Geburtendefizit schwankte zwischen rund 50 000 (1997) und 150 000 (2003) und lag im Jahr 2005 bei 144 000.

**Mehr Sterbefälle
als Geburten**

In den alten Ländern wurde in den Jahren 1991 bis 1993 und 1997 noch eine positive Bilanz (Geburtenüberschuss) registriert, in den übrigen Jahren war die Bilanz auch hier negativ (Geburtendefizit oder Sterbefallüberschuss). Seit 1998 nahm das Geburtendefizit kontinuierlich zu: von 6 000 im Jahr 1998 auf rund 91 000 im Jahr 2005. In den neuen Ländern gab es dagegen in jedem Jahr von 1991 bis 2005 eine negative natürliche Bevölkerungsbilanz. Am höchsten war hier das Geburtendefizit im Jahr 1993 (105 000), danach ging es allmählich zurück und bewegte sich in den letzten Jahren zwischen 49 000 und 55 000. In der Relation zur Bevölkerung betrug das Geburtendefizit im Jahr 2005 im bundesdeutschen Durchschnitt 0,2%, in den alten Ländern 0,1% und in den neuen Ländern 0,4%.

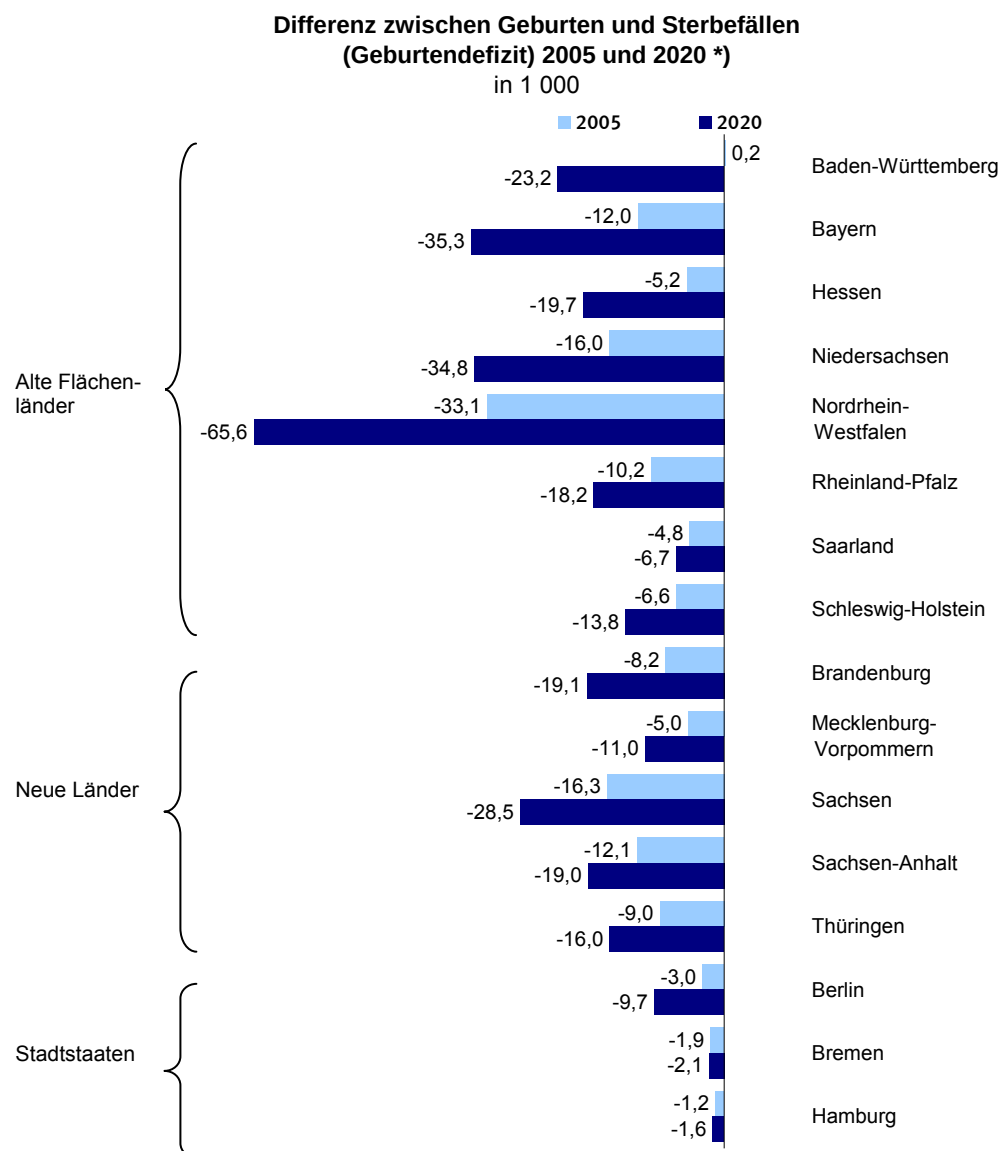
Die künftig abnehmenden Geburten und zunehmenden Sterbefälle werden zu einer weiteren Zunahme des Geburtendefizits in Deutschland und in allen Ländern (siehe Abbildung 5 auf Seite 16) führen. Das Geburtendefizit für Deutschland wird sich voraussichtlich bis 2030 auf 434 000 verdreifachen. Relativ zur Bevölkerung des Jahres 2030 wird es 0,6% betragen.

**Verdreifachung des
Geburtendefizits bis
2030**

Im Jahr 2005 wies Baden-Württemberg als einziges Land noch eine positive natürliche Bevölkerungsbilanz auf (siehe Abbildung 5). Bis zum Jahr 2020 dürfte sich hier ein Geburtendefizit von 23 200 einstellen. Auch Hessen, Berlin und Bayern verzeichnen eine starke Zunahme des Geburtendefizits.

**Geburtendefizit 2020
in den Ländern**

Abbildung 5



*) 2020: Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung).

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

Bezogen auf ihre Einwohnerzahl werden im Jahr 2020 Hamburg und Baden-Württemberg das niedrigste Geburtendefizit aufweisen (siehe Abbildung 6), das höchste Geburtendefizit in Relation zur Bevölkerung ist bei den neuen Ländern in Sachsen-Anhalt und bei den alten Flächenländern im Saarland zu erwarten.

1.3 Wanderungen: Mehr Zuzüge als Fortzüge

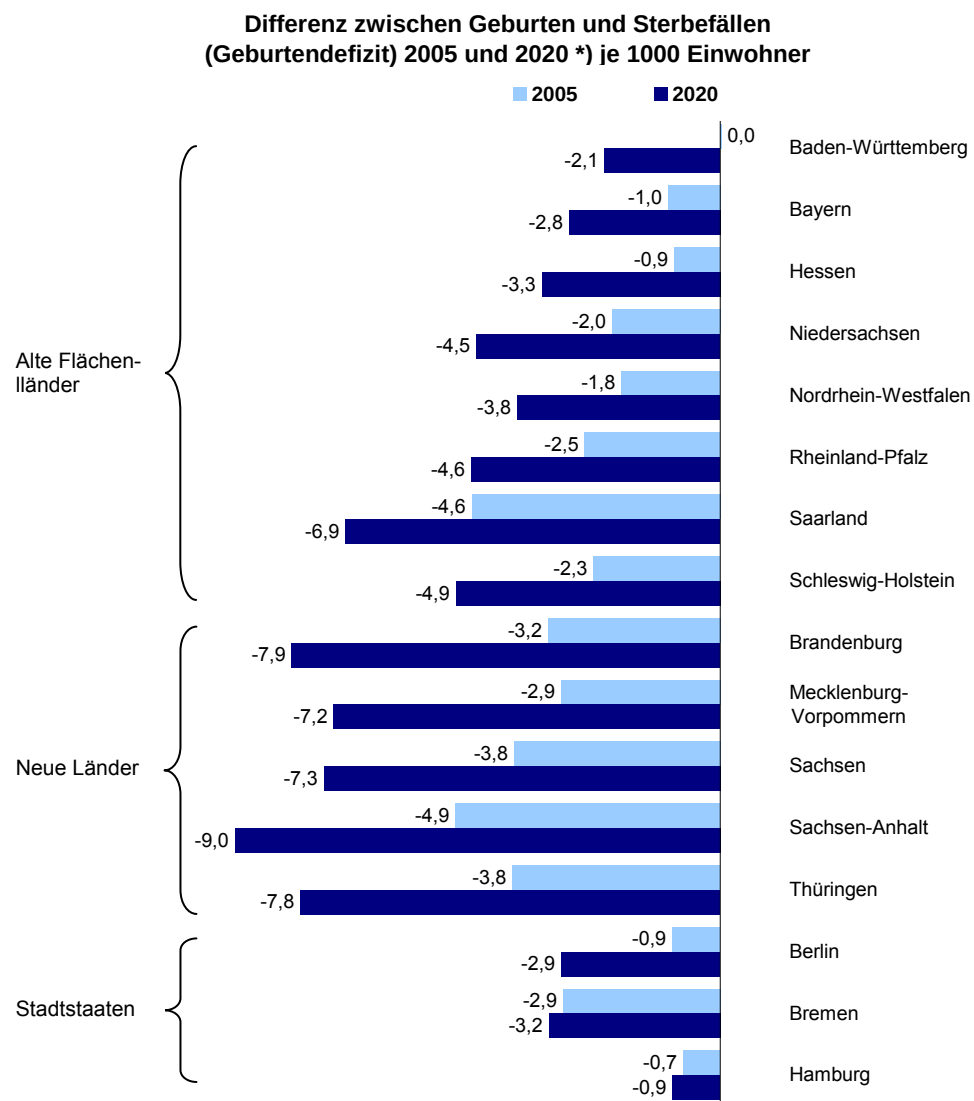
Der Saldo aus Zu- und Fortzügen verändert den Bevölkerungsbestand. Für Deutschland insgesamt ist nur die Wanderung über die Grenzen Deutschlands - die so genannte Außenwanderung - bedeutsam, für die Bundesländer spielt neben der Außenwanderung auch der Austausch mit anderen Bundesländern (Binnenwanderung) eine wichtige Rolle.

Außenwanderung

Der Außenwanderungssaldo - die Differenz zwischen den Zuzügen nach Deutschland und den Fortzügen ins Ausland - hängt im starken Maße vom politischen Geschehen und von wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen im In- und Ausland ab. Er wies in der Vergangenheit starke Schwankungen und sogar Wechsel zwischen positiven und negativen Werten auf. Anfang bis Mitte der 1990er Jahre war er außergewöhnlich hoch mit einem Spitzenwert von rund 780 000 Personen im Jahr 1992. Seitdem geht der Außenwanderungssaldo mit Ausnahme einzelner Jahre zurück, im Jahr 2005 lag er bei 79 000.

Außenwanderungen schwankten in der Vergangenheit stark

Abbildung 6



*) 2020: Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung).

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

Betrachtet man die Zuzüge nach und Fortzüge aus Deutschland getrennt, so lässt sich feststellen, dass insbesondere die Zuzüge große Schwankungen aufweisen, während die Fortzüge relativ stabil im Zeitverlauf bleiben. Da die nach Deutschland zuziehenden Personen in der Regel jünger als die fortziehenden sind, wird die Bevölkerung durch die Außenwanderung verjüngt.

**Künftig jährliche
Nettozuwanderung
aus dem Ausland
von 100 000
Personen
angenommen**

Für die kommenden Dekaden wird für Deutschland insgesamt in der hier betrachteten Variante der Bevölkerungsvorausberechnung von einem durchschnittlichen jährlichen Wanderungssaldo von 100 000 Personen ab dem Jahr 2008 ausgegangen. Für die Jahre 2006 und 2007 sind Salden von 50 000 und 75 000 angenommen worden. Der Wanderungssaldo von 100 000 Personen ergibt sich aus 500 000 Zuzügen und 400 000 Fortzügen. Für die Länder wird angenommen, dass ihr durchschnittlicher Anteil am Außenwanderungssaldo der letzten Jahre bis zum Jahr 2020 konstant bleibt.

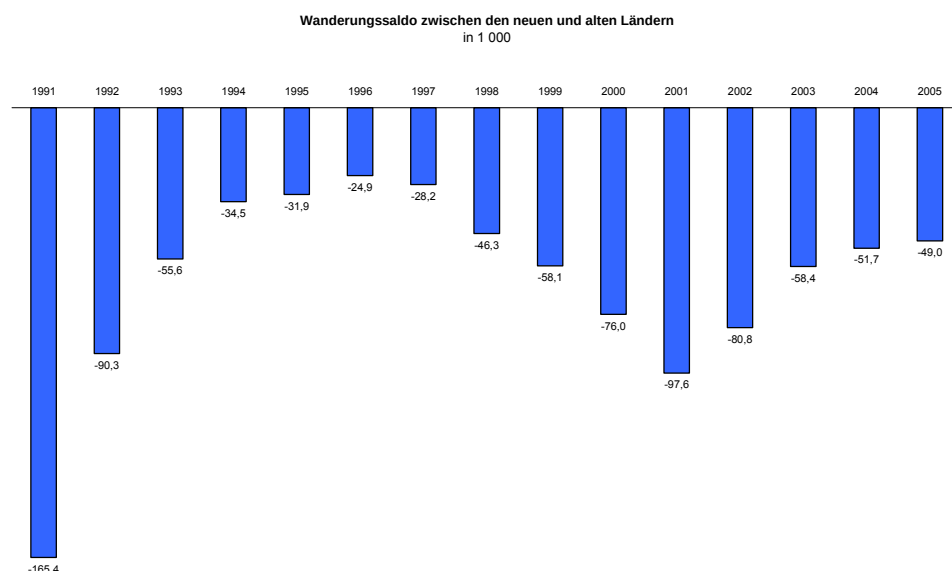
Binnenwanderung

Für die Binnenwanderungen sind in erster Linie strukturelle Faktoren verantwortlich. Länder mit stabiler wirtschaftlicher Entwicklung, mit einem breiten Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen haben in der Regel einen positiven Binnenwanderungssaldo. Die schwächeren Wirtschaftsstandorte verzeichnen dagegen einen negativen Wanderungssaldo.

**Abwanderung aus dem
Osten in den Westen
Deutschlands**

Die Binnenwanderungen sind im vereinigten Deutschland vor allem durch eine beständige Abwanderung aus den neuen in die alten Bundesländer geprägt. Im gesamten Zeitraum von 1991 bis 2005 haben per Saldo 949 000 Einwohner die neuen Länder in Richtung früheres Bundesgebiet verlassen (Nettoabwanderung). Der Saldo der Wanderungen zwischen den neuen und alten Ländern war jedoch nicht die ganze Zeit gleich hoch (siehe Abbildung 7): Von 1991 bis 1997 ging die Nettoabwanderung aus den neuen Ländern von 165 000 auf 28 000 zurück. Von 1998 bis 2001 stieg sie erneut auf 98 000 und fiel danach wieder auf 49 000 im Jahr 2005. Die Fortzüge aus den neuen Ländern blieben seit 1998 auf hohem Niveau zwischen 250 000 und 312 000 jährlich. Die wellenförmige Entwicklung des Wanderungssaldos wurde vor allem durch die schwankenden Zuzüge von den alten in die neuen Länder verursacht.

Abbildung 7



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Für die künftige Entwicklung wird angenommen, dass sich die Ost-West-Wanderung abschwächen wird: Die Nettoabwanderung aus den neuen in die alten Länder wird demnach von rund 49 000 im Jahr 2005 auf ca. 8 000 im Jahr 2020 zurückgehen. Hierfür spricht die Tatsache, dass die junge Bevölkerung, die besonders mobil ist, in den neuen Ländern zahlenmäßig stark abnehmen und somit das Abwanderungspotenzial reduziert wird.

**Künftig geringere
Ost-West-Wanderung**

Die Abschwächung der Ost-West-Wanderung würde für die alten Länder einen geringeren Zustrom an Menschen im erwerbsfähigen Alter bedeuten. Insbesondere sind davon Länder betroffen, die bisher von der Zuwanderung aus dem Osten Deutschlands stark profitiert haben wie Baden-Württemberg, Bayern, Schleswig-Holstein und Hamburg.

Wanderungsbilanz der Länder

Für die Bevölkerungsentwicklung in den Ländern ist schließlich der Gesamtwanderungssaldo ausschlaggebend, der sich aus der Summe des Außenwanderungs- und des Binnenwanderungssaldos ergibt. In allen neuen Ländern wird erwartet, dass es zu einem deutlichen Rückgang des negativen Gesamtwanderungssaldos kommt und damit die Wanderungsverluste niedriger werden. Da der Anteil der neuen Länder am Außenwanderungssaldo sehr gering ist, spielt hier die sich abschwächende Binnenwanderung eine besonders wichtige Rolle. In Brandenburg wird sogar bereits 2008 und in Mecklenburg-Vorpommern 2016 ein ausgeglichener und später ein positiver Wanderungssaldo erwartet.

**In den meisten Ländern
positiver Gesamtwanderungssaldo bis 2020**

Die Außenwanderungsgewinne in den alten Ländern sorgen dafür, dass sie auch bei abnehmenden Zuzügen aus den neuen Ländern eine positive Wanderungsbilanz behalten. Die Abbildung 8 auf Seite 20 gibt einen Überblick über die angenommenen kumulierten Gesamtwanderungssalden der Länder in den Jahren 2006 bis 2020. Es ist auffällig, dass trotz der angenommenen Reduktion der Ost-West-Wanderung immer noch deutliche Unterschiede in den Wanderungsbilanzen der neuen und alten Länder erhalten bleiben.

1.4 Sinkende Bevölkerungszahl

Die Bevölkerung Deutschlands stieg im Zeitraum von 1991 bis 2002 von 80,3 auf 82,5 Millionen an und geht seit 2003 leicht zurück: Das Geburtendefizit kann durch die Nettozuwanderung nicht mehr ausgeglichen werden. Da das Geburtendefizit künftig beständig steigen wird (vgl. 1.2 Natürliche Bevölkerungsbilanz), wird die Bevölkerung, falls es nicht zu einem höheren Außenwanderungssaldo kommt, weiter zurückgehen: bis zum Jahr 2020 voraussichtlich auf 80,1 Millionen und bis zum Jahr 2030 auf 77,2 Millionen (siehe Tabelle 1).

**Spürbarer Rückgang
der Bevölkerung zu
erwarten**

Tabelle 1

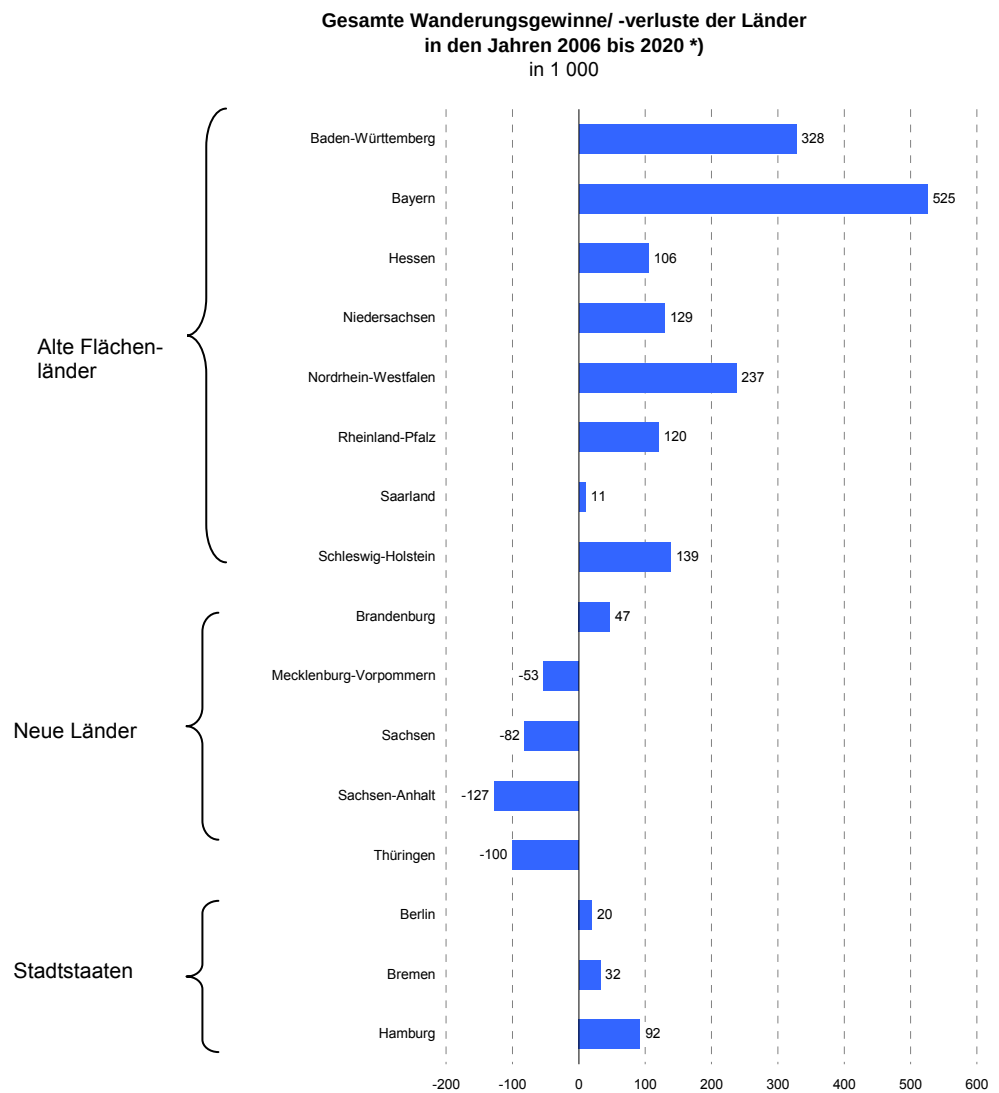
Bevölkerung Deutschlands von 2005 bis 2030 *)
in Millionen

2005	2010	2015	2020	2030
82,4	81,9	81,1	80,1	77,2

*) Ab 2010 Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung).

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung 8



*) 2020: Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung).

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

In den Ländern ist die Entwicklung bis zum Jahr 2020 sehr unterschiedlich. Die meisten Länder erleben einen Bevölkerungsrückgang, wobei dieser nicht überall gleich hoch ausfällt (siehe Tabelle 2 und Abbildung 9). In Hamburg nimmt die Bevölkerung zu, in Baden-Württemberg und Bayern dürfte sie geringfügig höher als heute sein.

Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung bis 2020 in den Ländern

Tabelle 2

Veränderung der Bevölkerung 2020 *) gegenüber 2005

Bundesländer	1 000	%
Alte Flächenländer		
Baden-Württemberg	+ 105	+ 1
Bayern	+ 123	+ 1
Hessen	– 124	– 2
Niedersachsen	– 283	– 4
Nordrhein-Westfalen	– 592	– 3
Rheinland-Pfalz	– 109	– 3
Saarland	– 82	– 8
Schleswig-Holstein	– 25	– 1
Neue Länder		
Brandenburg	– 148	– 6
Mecklenburg-Vorpommern	– 169	– 10
Sachsen	– 398	– 9
Sachsen-Anhalt	– 356	– 14
Thüringen	– 281	– 12
Stadtstaaten		
Berlin	– 80	– 2
Bremen	– 1	– 0
Hamburg	+ 64	+ 4

*) 2020: Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung).

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

1.5 Deutliche Änderungen im Altersaufbau

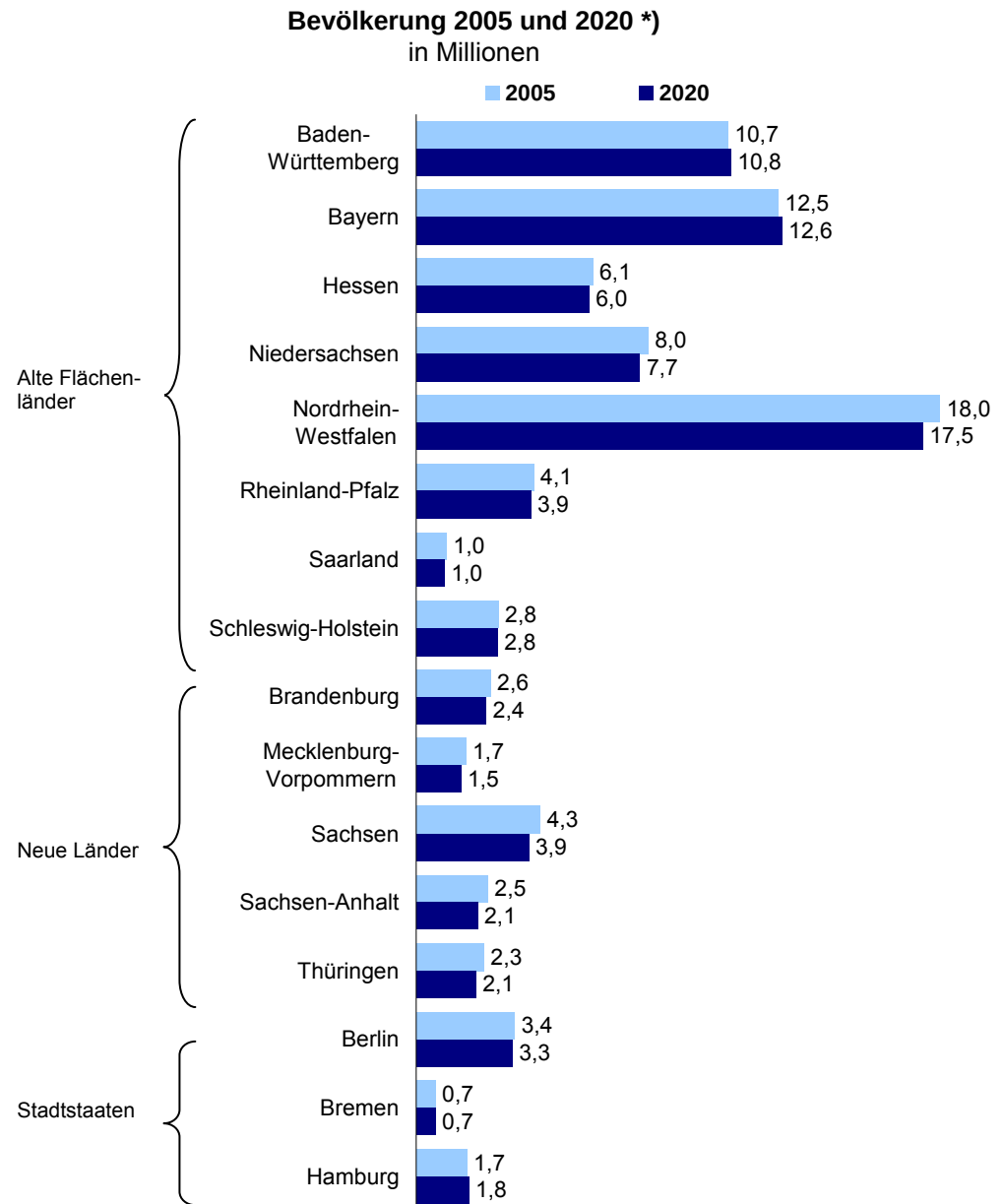
Deutschland

Im Altersaufbau der Bevölkerung spiegeln sich einerseits demografische Veränderungen während der letzten hundert Jahre wider, andererseits beeinflusst der Altersaufbau die zukünftige Bevölkerungsentwicklung. Die gegenwärtige Verteilung der Bevölkerung Deutschlands weist dermaßen einschneidende Unregelmäßigkeiten auf, dass die Altersstruktur sogar als der dominante Faktor der Bevölkerungsentwicklung in den nächsten Jahrzehnten angesehen werden kann.

Aktuelle Altersstruktur bestimmt Bevölkerungsentwicklung der nächsten Jahrzehnte

Besonders deutlich veranschaulichen dies die so genannten Bevölkerungspyramiden (siehe Abbildung 10 auf Seite 23). Die gelbe Spitze der hier dargestellten „Pyramiden“ zeigt die Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter. Im Jahr 2005 war sie mit knapp 15,9 Millionen Personen besetzt und stellte 19% der Gesamtbevölkerung. Diese Altersgruppe umfasst sowohl die noch relativ gut besetzten Jahrgänge der 65- bis 70-Jährigen als auch Hochbetagte. Charakteristisch für diese Altersgruppe sind deutlich mehr Frauen als Männer: Ihr Anteil an den 65-Jährigen und Älteren betrug im Jahr 2005 59%. Die Ursachen hierfür liegen zum einen in einer höheren Lebenserwartung der Frauen gegenüber den Männern. Zum anderen machen sich hier immer noch die Auswirkungen des Krieges bemerkbar, die die niedrigen Männerzahlen bedingen.

Abbildung 9



*) 2020: Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung).

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

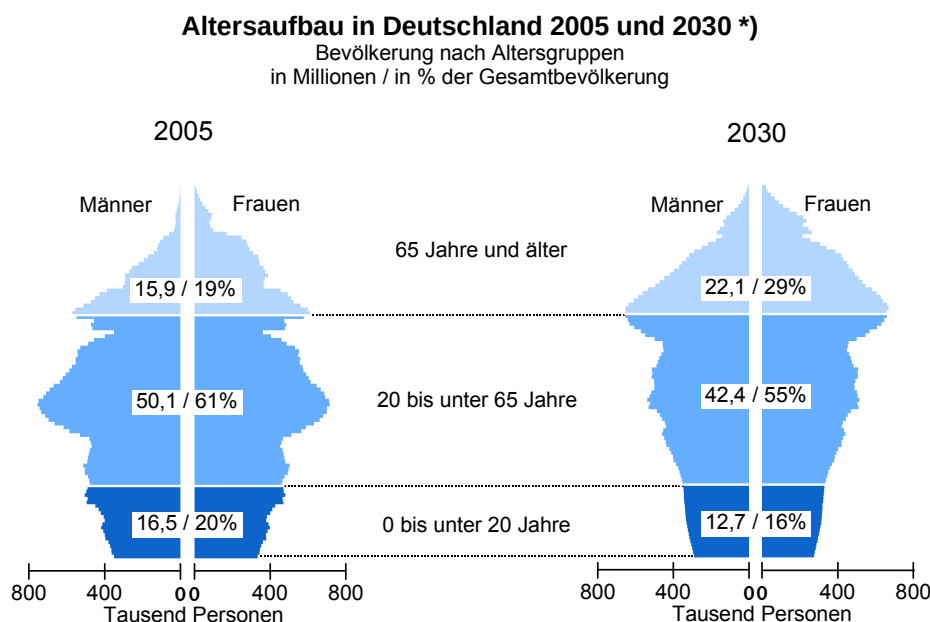
Die Altersgruppe der 20- bis unter 65-Jährigen wird als Bevölkerung im Erwerbsalter (siehe Abbildung 10) festgelegt. Mit 50,1 Millionen Menschen stellte sie im Jahr 2005 61% der Bevölkerung. Zu dieser Altersgruppe gehören alle geburtenstarken Jahrgänge, die gegenwärtig im mittleren Erwerbsalter angelangt sind und künftig zunehmend für die allmähliche Alterung des Erwerbspersonenpotenzials und der Gesamtbevölkerung sorgen werden.

Die unter 20-Jährigen (siehe Abbildung 10) stellen die Altersgruppe dar, die nachhaltig vom Geburtenrückgang der letzten Jahrzehnte beeinflusst ist. Die Zahl der unter 20-Jährigen lag 2005 mit 16,5 Millionen (20% der Bevölkerung) noch leicht über der Zahl der 65-Jährigen und Älteren. Künftig wird sich dieses Verhältnis ändern.

Bis zum Jahr 2030 werden die heute unter 20-Jährigen im mittleren Erwerbsalter von Mitte 20 bis Mitte 40 Jahren sein. Die nach ihnen kommenden jüngeren Jahrgänge werden noch geringer besetzt sein als sie. Die älteren geburtenstarken Jahrgänge werden aus dem Erwerbsalter kontinuierlich herauswachsen. Aufgrund dieser Entwicklung ist bis zum Jahr 2030 mit einer Schrumpfung der Altersgruppe der 20- bis unter 65-Jährigen um 7,7 Millionen Menschen zu rechnen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wird ebenfalls zurückgehen: von 61% im Jahr 2005 auf 55% im Jahr 2030. Auch die Altersgruppe der unter 20-Jährigen wird zahlen- und anteilmäßig abnehmen: Im Jahr 2030 wird sie nach der Vorausberechnung 12,7 Millionen Personen umfassen, was 16% der Gesamtbevölkerung entspricht. Lediglich die 65-Jährigen und Älteren werden immer zahlreicher. Bis zum Jahr 2030 dürfte ihre Zahl um 40% steigen und 22,1 Millionen Menschen oder 29% der Gesamtbevölkerung betragen.

**Künftig mehr
Menschen ab 65
als unter 20**

Abbildung 10



*) 2030: Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung).

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Alte Flächenländer, Neue Länder, Stadtstaaten

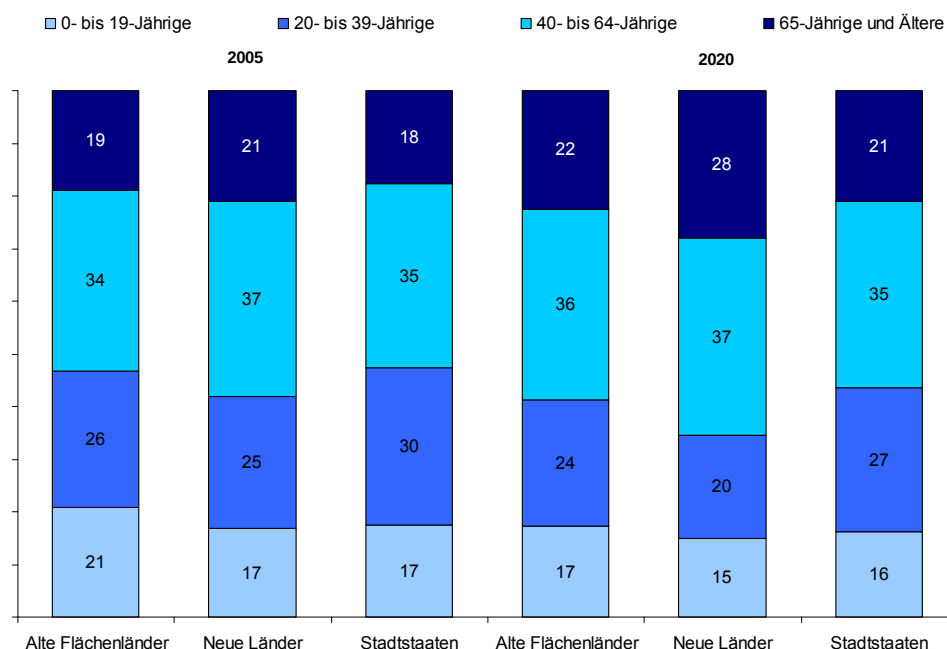
Regionale Unterschiede in der Altersstruktur

In Hinblick auf regionale Besonderheiten ist augenfällig (siehe Abbildung 11), dass die Bevölkerung in den alten Flächenländern und in den Stadtstaaten jünger ist als in den neuen Ländern: Der Anteil der Personen im Alter bis unter 40 Jahren lag hier im Jahr 2005 bei 47 %, in den neuen Ländern bei 42 %. Der höchste Anteil der unter 20-Jährigen (21 %) wurde in den alten Flächenländern, der 20- bis unter 40-Jährigen in den Stadtstaaten (30 %), der 40- bis unter 65-Jährigen sowie der 65-Jährigen und Älteren in den neuen Ländern (37 % und 21 %) gemessen.

Bis zum Jahr 2020 wird der Anteil der ältesten Altersgruppe in allen betrachteten Regionen zunehmen, während der Anteil der unter 40-Jährigen deutlich sinken wird. Der Anteil der 40- bis 64-Jährigen bleibt in den neuen Ländern und in den Stadtstaaten unverändert, in den alten Flächenländern steigt er leicht an:

Abbildung 11

Bevölkerung nach Altersgruppen 2005 und 2020 *) in %



*) 2020: Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung).

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Altenquotient

Altenquotient

Im Zuge dieser Veränderungen verschiebt sich das Verhältnis zwischen der Bevölkerung im Erwerbsalter (20 bis unter 65 Jahre) und der Bevölkerung im Rentenalter (65 Jahre und älter), der so genannte Altenquotient. Der Altenquotient wird hier vor allem als vergleichender Indikator der Alterung in den Ländern herangezogen.

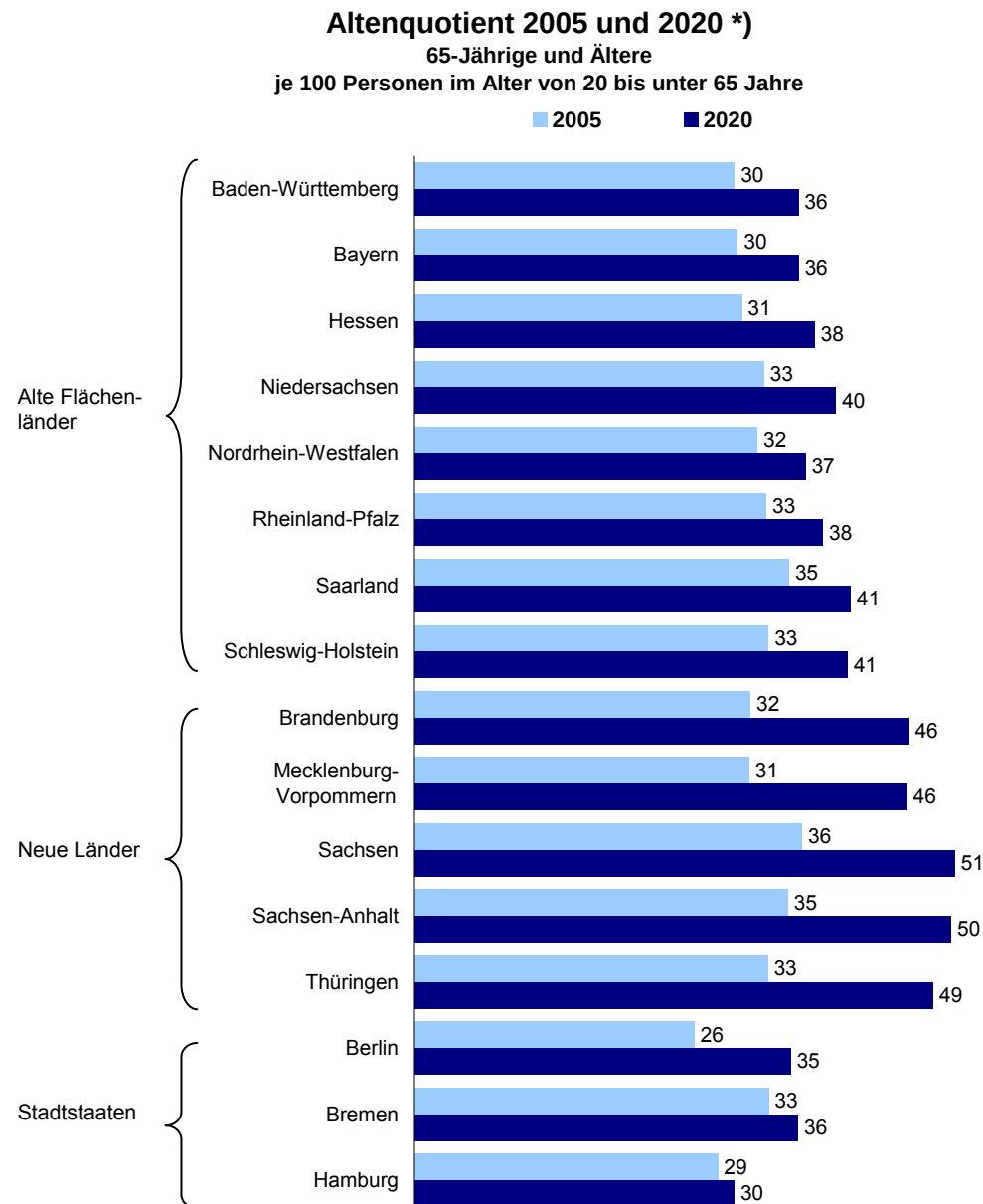
...steigt stark an...

Im Jahr 1991 entfielen 24 Personen der Altersgruppe 65-Jährige und Ältere auf 100 Personen im Erwerbsalter, im Jahr 2005 waren es bereits 32, bis zum Jahr 2020 werden es nach der hier dargestellten Vorausberechnungsvariante 39 und bis zum Jahr 2030 52 Personen sein. Somit werden im Jahr 2030 zwei Menschen im Erwerbsalter einem potenziellen Rentenbezieher gegenüberstehen, während im Jahr 2005 noch gut drei Personen im Erwerbsalter für einen Rentner aufkommen konnten.

In den Ländern war der Altenquotient im Jahr 2005 in Berlin (26) und Hamburg (29) am niedrigsten (siehe Abbildung 12). Am höchsten lag er in Sachsen (36), dem Saarland und Sachsen-Anhalt (35). Im Jahr 2020 werden Hamburg und Berlin zwar ein höheres, jedoch immer noch relativ günstiges Zahlenverhältnis zwischen den Personen im Erwerbs- und Ruhestandsalter haben: 30 bzw. 35. Ein besonders hoher Altenquotient ist dann in Sachsen (51), Sachsen-Anhalt (50) und Thüringen (49) zu erwarten.

...mit deutlichen regionalen Unterschieden

Abbildung 12



*) 2020: Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung).

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Im nun folgenden 2. Teil sollen die voraussichtlichen Auswirkungen der demografischen Veränderungen auf die Entwicklung der Privathaushalte beschrieben werden. Für deren Entwicklung sind zusätzliche Faktoren verantwortlich, z. B. die Formen des Zusammenlebens und deren Veränderungen.

Teil 2 Entwicklung der Privathaushalte

2.1 Haushaltsgröße sinkt weiter

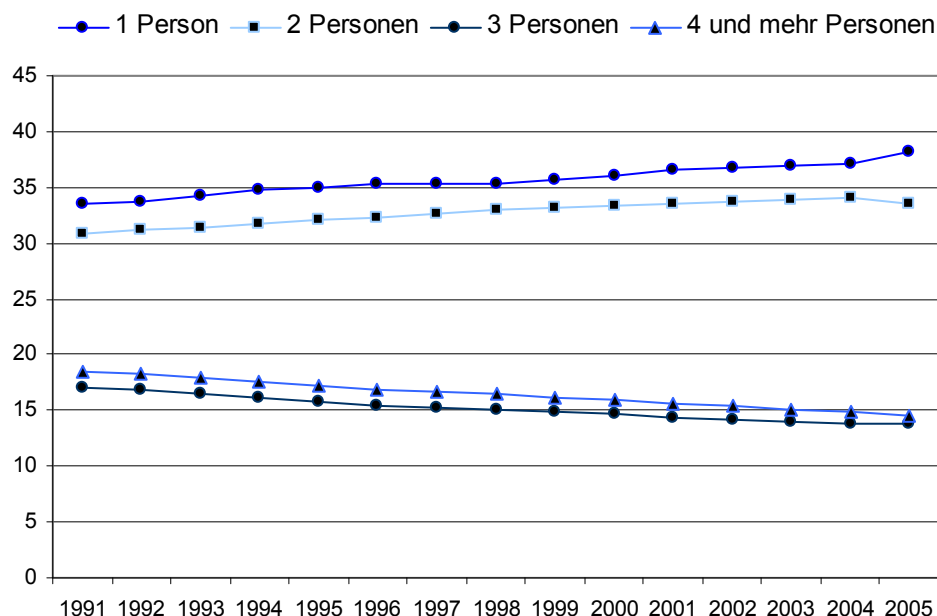
Bisherige Entwicklung

Einpersonenhaushalte dominieren schon jetzt

Die Haushalte in Deutschland werden tendenziell immer kleiner. Dieser Trend wird bereits seit Beginn der statistischen Nachweisung Ende der 1950er Jahre beobachtet. Eine Besonderheit in der Entwicklung der letzten drei Jahrzehnte besteht darin, dass die Einpersonenhaushalte nun alle anderen Haushaltsgrößen dominieren, wobei ihr Anteil beständig zunimmt. Dabei leben keineswegs nur jüngere, sondern immer mehr ältere Menschen allein. Auch die Zweipersonenhaushalte weisen eine positive Dynamik auf. Die Zahl der Haushalte mit drei und mehr Personen sinkt dagegen beständig. Abbildung 13 zeigt die Veränderung der prozentualen Anteile der Haushalte mit einer, zwei, drei sowie vier und mehr Personen von 1991 bis 2005 in Deutschland.

Abbildung 13

Haushalte nach Haushaltsgröße in Deutschland Anteile in %



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielfältig. Zum einen wird die Haushaltsgröße durch demografische Faktoren beeinflusst, wie dem Rückgang der Geburtenhäufigkeit und der Zunahme der Lebenserwartung insbesondere im hohen Alter. Diese beiden Entwicklungen tragen zur Verkleinerung der durchschnittlichen Haushaltsgröße bei: die erste durch eine geringere Kinderzahl je Elternpaar, die zweite durch die Zunahme der älteren Menschen, welche hauptsächlich in Ein- oder Zweipersonenhaushalten leben.

Methodische Anmerkungen

Als privater Haushalt zählt jede zusammen wohnende und eine wirtschaftende Einheit bildende Personengemeinschaft sowie Personen, die allein wohnen und wirtschaften. Personen in Alters- oder Pflegeheimen, Kasernen und ähnlichen Einrichtungen, die dort keinen eigenen Haushalt führen, sondern gemeinschaftlich versorgt werden, gelten nicht als Personen in Privathaushalten sondern zählen als Personen in Gemeinschaftsunterkünften. Personen können darüber hinaus neben ihrem Hauptwohnsitz an einem weiteren Wohnsitz (Nebenwohnsitz) einem Haushalt angehören und werden in diesem Fall doppelt gezählt. Die in Teil 2 dargestellte Bevölkerung in Privathaushalten weicht somit von der im ersten Teil gezeigten Bevölkerung ab.

Der Mikrozensus, eine jährliche Befragung von 1% aller Haushalte in Deutschland, zeigt Zahl und Struktur der Haushalte und ist die Basis für die Vorausberechnungen. Daneben basiert die Haushaltsvorausberechnung auf der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (hier Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung), die im Teil 1 dieses Heftes ausführlich dargestellt wurde.

Durch die Umstellung des Mikrozensus auf ein unterjähriges Verfahren im Jahr 2005 kam es für die Berichtsjahre 2005 und 2006 zu methodisch bedingten Verschiebungen der Haushaltsstruktur. Um den Trendbruch aufgrund der methodischen Umstellung zu minimieren, wurden die Werte des Ausgangsjahres 2005 für die Haushaltsvorausberechnung geschätzt. Die Zahl der Haushalte wurde dabei ausgehend von der Bevölkerungsverteilung nach Haushaltsgrößen als Durchschnitt der Mikrozensusergebnisse für die acht Quartale der Jahre 2005 und 2006 ermittelt. Alle im Weiteren dargestellten Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung für das Ausgangsjahr 2005 beruhen somit auf dieser Schätzung und weichen von den originären Jahresergebnissen des Mikrozensus 2005 ab.

Da die Haushaltsbildung von einer Vielzahl von Faktoren wie gesellschaftliche Trends und wirtschaftliche Entwicklung beeinflusst wird, sind Vorausberechnungen zur Haushaltsentwicklung weniger stabil als die zur Bevölkerung. Zudem beruht eine Haushaltsvorausberechnung - neben der vorausgerechneten zukünftigen Bevölkerung - auf der in der Stichprobe des Mikrozensus nachgewiesenen Bevölkerung in Privathaushalten nach Haushaltsgröße, welche zwangsläufig mit Schätzfehlern behaftet ist.

Um die Unsicherheiten der Haushaltsvorausberechnung-2007 zu reduzieren, wurde ein kürzerer Zeithorizont als bei der Bevölkerungsvorausberechnung gewählt. Die im Weiteren dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf den Zeitraum bis 2020. Die Haushaltsvorausberechnung erfolgte mit dem so genannten Haushaltsmitgliederquoten-Verfahren. Die Haushaltsstruktur wird darin mit Hilfe von Quoten modelliert, die die Aufteilung der Bevölkerung nach Alter und Geschlecht auf unterschiedliche Haushaltsgrößen wiedergeben. Im Rahmen des bei der Haushaltsvorausberechnung-2007 eingesetzten Modells wurden diese Quoten für homogene Ländergruppen (Flächenländer West und Ost sowie Stadtstaaten) und Schichten nach Alter und Geschlecht gebildet.

Die Vorausberechnungen bis zum Jahr 2020 erfolgten anhand von zwei Varianten: In der so genannten Trendvariante werden die lang- bis mittelfristigen Veränderungen fortgeschrieben, die in der Verteilung der Bevölkerung nach Haushalten unterschiedlicher Größe in der Vergangenheit beobachtet wurden. In der Status-Quo-Variante werden dagegen die Verhältnisse des Ausgangsjahres 2005 im Haushaltsbildungsverhalten festgehalten. Beide Varianten spiegeln die Auswirkungen der künftigen Bevölkerungsentwicklung auf die Haushaltszahl und -struktur wider. Künftige Veränderungen in der Struktur der Haushalte werden jedoch nur in der Trendvariante abgebildet. Sie berücksichtigt implizit die Verhaltensänderungen bei der Bildung der Privathaushalte und stellt somit ein umfassenderes und realistischeres Zukunftsmodell dar. Die meisten Ausführungen werden sich deshalb auf die Trendvariante beziehen. Die Status-Quo-Variante wird an einigen Stellen zum Vergleich herangezogen.

Späte Familien- gründung

Zum anderen beeinflussen das Heiratsverhalten und die Familiengründungsprozesse die Veränderung der Haushaltsgröße. Allein die Veränderungen von 1991 bis 2005 machen dies deutlich: Die Zahl der Eheschließungen sank in diesem Zeitraum um 14%, während die Zahl der Scheidungen um 48% zunahm. Das durchschnittliche Heiratsalter stieg für ledige Männer von 28,5 auf 32,6 Jahre und für ledige Frauen von 26,1 auf 29,6 Jahre. Im Jahr 1991 waren die Frauen bei der Geburt ihres ersten in der Ehe geborenen Kindes durchschnittlich 26,9 Jahre alt, im Jahr 2005 waren sie bereits fast drei Jahre älter (29,6 Jahre). Die Zahl der Familien - dazu zählen im Mikrozensus Zwei-Generationen-Haushalte, in denen Eltern (oder ein Elternteil) mit Kindern leben - ging um rund 8% zurück. Die Zahl der allein lebenden Menschen stieg dagegen um rund ein Viertel. Immer mehr Kinder wohnen nur mit einem Elternteil zusammen: Die Zahl der allein erziehenden Mütter und Väter mit minderjährigen Kindern nahm von 1996 bis 2005 um 20% zu.

Binnenwanderungen verschärfen regionale Unterschiede

Starke Binnenwanderungsströme, welche vor allem durch Arbeitsplatzsuche ausgelöst werden, tragen zu regionalspezifischen Veränderungen in den Haushaltsstrukturen bei. Die Unterschiede in den Haushaltsstrukturen und ihrer Entwicklung sind daher besonders deutlich zwischen den alten und den neuen Bundesländern sowie zwischen den Flächenländern und den Stadtstaaten. Insbesondere in den neuen Bundesländern hat sich seit der Wiedervereinigung ein rascher Strukturwandel vollzogen, wobei sich viele Mehrpersonenhaushalte teilten und eine Vielzahl an Einpersonenhaushalten entstand: Der Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Haushalten nahm in den neuen Ländern im Zeitraum von 1991 bis 2005 von 27 auf 37% zu. Neben der Ost-West-Wanderung haben dazu auch Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt und der Rückgang der Geburtenzahlen beigetragen. In den Stadtstaaten zeigt sich ebenfalls ein spezifischer Verlauf in der Entwicklung der Haushaltsstruktur. Insbesondere die Einpersonenhaushalte haben hier einen weit höheren und rascher wachsenden Anteil als in den Flächenländern.

Auch die ausländische Bevölkerung und die Außenwanderung spielten bisher eine Rolle bei der Herausbildung der Haushaltsstrukturen. Der Nachzug der Familienangehörigen der in Deutschland lebenden ausländischen Bevölkerung und der Zustrom der Spätaussiedlerfamilien förderten die Bildung von Mehrpersonenhaushalten. Mit einer geringeren Nettozuwanderung als in der Vergangenheit wird der Einfluss der ausländischen Bevölkerung auf die Haushaltsstrukturen in den kommenden Dekaden zurückgehen.

Zukünftige Entwicklung

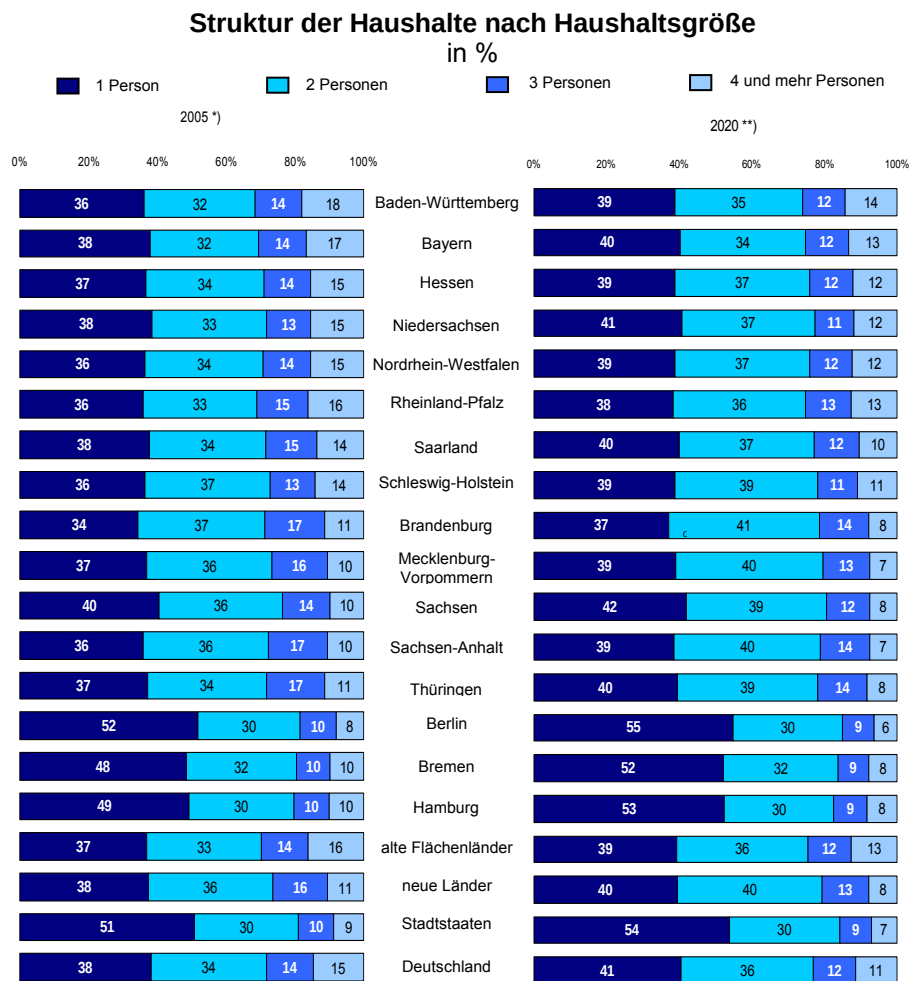
Weiterhin Trend zu kleineren Haushalten

Für die künftige Entwicklung wird eine Fortsetzung des Trends zu kleineren Haushalten erwartet. Dafür sprechen folgende Indizien: Die weiter sinkende Alterssterblichkeit, die immer noch höhere Lebenserwartung der Frauen sowie die schneller als bei Frauen zunehmende Lebenserwartung der Männer führen künftig zu mehr Ein- und Zweipersonenhaushalten im Seniorenalter. Hinzu kommen die niedrige Geburtenhäufigkeit, die Zunahme der Partnerschaften mit separater Haushaltsführung sowie die hohe berufliche Mobilität, was für kleinere Haushalte bei der Bevölkerung im jüngeren und mittleren Alter spricht. Lediglich in den neuen Ländern, die nach der Wiedervereinigung innerhalb kürzester Zeit gravierende Veränderungen in ihrer Bevölkerung und in den Haushaltsstrukturen erlebt haben, wird mit einer Abschwächung der Dynamik hin zu kleineren Haushalten gerechnet. In der Trendvariante der Haushaltsvorausberechnung wird deshalb angenommen, dass sich die neuen Länder hinsichtlich der Verteilung der Bevölkerung nach der Haushaltsgröße nach dem Jahr 2010 parallel zu den alten Flächenländern entwickeln werden.

Nach der Trendvariante der Haushaltsvorausberechnung steigt der Anteil der Einpersonenhaushalte in Deutschland von 38% im Ausgangsjahr 2005 auf 41% im Jahr 2020. Auch Zweipersonenhaushalte nehmen anteilmäßig von 34% (2005) auf 36% (2020) zu. Die Anteile der Haushalte mit drei und auch der Haushalte mit

vier und mehr Personen, zu denen hauptsächlich Familien gehören, gehen dagegen jeweils von 14% (2005) auf etwa 12% (2020) zurück. Ohne die Fortsetzung des Trends zu kleineren Haushalten, d.h. ausschließlich aufgrund der Bevölkerungsentwicklung, würden ähnliche Veränderungen leicht abgeschwächt stattfinden: Im Jahr 2020 würde es dann 39% Einpersonenhaushalte, 36% Zweipersonenhaushalte und jeweils etwa 12,5% Haushalte mit drei bzw. vier und mehr Personen in Deutschland geben (Status-Quo-Variante).

Abbildung 14



*) Ergebnisse für das Ausgangsjahr 2005 beruhen auf einer Schätzung und können leichte Abweichungen von den Jahresergebnissen des Mikrozensus 2005 aufweisen.

**) Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung-2007 nach der Trendvariante.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

In jedem zweiten Haushalt in den Stadtstaaten wohnt nur eine Person

Abbildung 14 zeigt, dass die Haushaltsstruktur im Ländervergleich deutliche Parallelen aufweist. Die Unterschiede zeigen sich vor allem im Anteil der Einpersonenhaushalte zwischen den Flächenländern einerseits und den Stadtstaaten andererseits: Im Ausgangsjahr 2005 lag er in den alten und neuen Flächenländern bei 36 bis 38%, in den Stadtstaaten bei 48 bis 52%. Der Anteil der Zweipersonenhaushalte und der Dreipersonenhaushalte war mit 34 bis 37% bzw. 14 bis 17% am höchsten in den neuen Ländern, danach folgen die alten Flächenländer mit 32 bis 37% bzw. 13 bis 15% und dann die Stadtstaaten mit 30 bis 32% bzw. 10%. Der Anteil der Haushalte mit vier und mehr Personen lag in den alten Flächenländern bei 14 bis 18%, in den neuen Ländern bei 10 bis 11% und in den Stadtstaaten lediglich bei 8 bis 10%.

Bis 2020 wird in den alten und neuen Flächenländern der Anteil der Ein- und Zweipersonenhaushalte etwa gleich stark um 2 bis 4 Prozentpunkte zunehmen. In den Stadtstaaten wird dagegen der Anteil der Zweipersonenhaushalte unverändert bei 30 bis 32% bleiben, während der Anteil der Einpersonenhaushalte auf 52 bis 55% steigen wird. Die Anteile der größeren Haushalte werden in allen Ländern zurückgehen. Während jedoch bei den Dreipersonenhaushalten die Anteile in den alten und neuen Flächenländern vergleichbar hoch liegen werden (11 bis 14%) gilt dies nicht für die Haushalte mit vier und mehr Personen (alte Flächenländer: 10 bis 14%; neue Flächenländer: 7 bis 8%). In den Stadtstaaten liegen 2020 die Anteile mit 9% bei den Dreipersonenhaushalten und mit 6 bis 8% bei den Haushalten mit vier oder mehr Personen am niedrigsten.

Durchschnittliche Haushaltsgröße sinkt auf knapp 2 Personen

Diese Veränderungen schlagen sich in der durchschnittlichen Größe der Haushalte nieder. Diese wird von 2005 bis 2020 in den alten Flächenländern von 2,15 auf 2,02, in den neuen Ländern von 2,02 auf 1,90 und in den Stadtstaaten von 1,81 auf 1,72 Personen pro Haushalt zurückgehen. Der Anteil der Haushalte mit vier oder mehr Personen wird 2020 in Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz am höchsten sein (jeweils 14 bzw. 13%). Am niedrigsten liegt der Anteil in Berlin mit 6%, gefolgt von dem der anderen Stadtstaaten und der neuen Länder (jeweils 7 bis 8%).

2.2 Zahl der Privathaushalte steigt

12% mehr Haushalte seit 1991

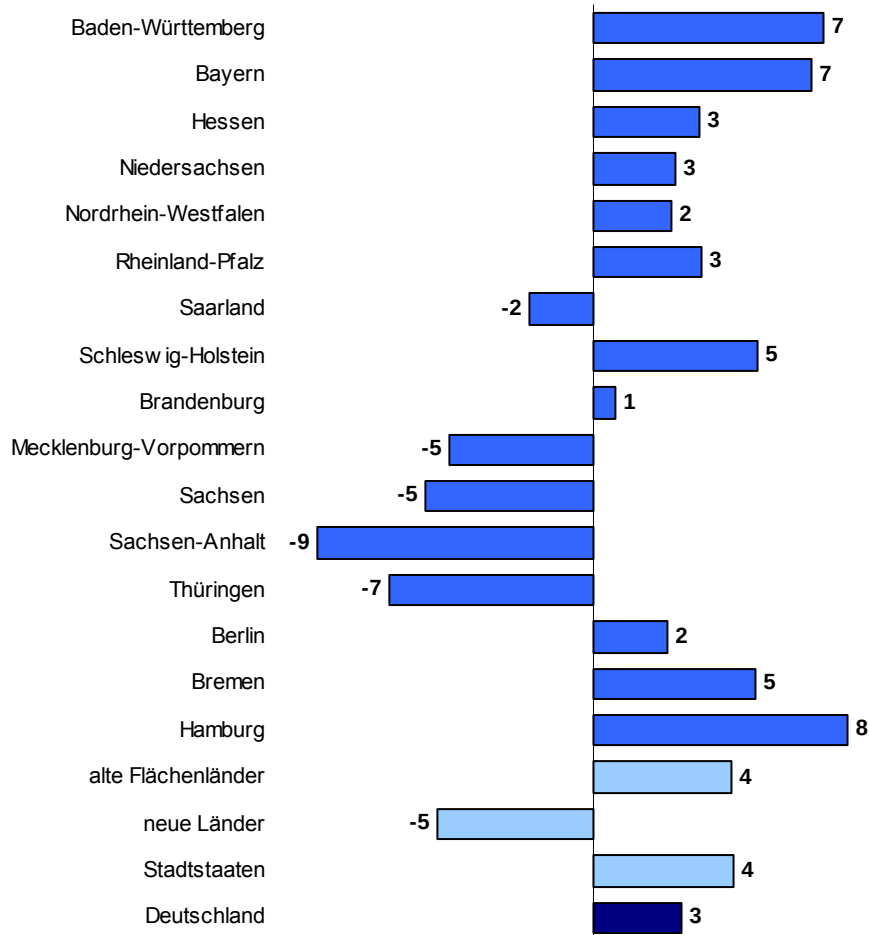
Die Zahl der Haushalte in Deutschland belief sich im Jahr 2005 auf 39,4 Millionen. Gegenüber 1991 ist sie um 12% angestiegen. Der Trend zu kleineren Haushalten führt jedoch dazu, dass sich die Zahl der Haushalte anders als die Bevölkerung entwickelt. Von 1991 bis 2005 ist die Zahl der Haushalte vier Mal so stark angestiegen wie die Zahl der in ihnen lebenden Menschen. Bis zum Jahr 2020 wird die Bevölkerung in Privathaushalten voraussichtlich um 3% schrumpfen, während die Zahl der Haushalte um 3% zunehmen wird. Damit wird es in Deutschland im Jahr 2020 nach der Trendvariante der Haushaltsvorausberechnung 40,5 Millionen Haushalte geben. Die Zahl der Einpersonenhaushalte wird von aktuell 15,0 Millionen auf 16,5 Millionen um rund 9% bis 2020 steigen; die Zweipersonenhaushalte werden noch stärker zunehmen: von 13,2 Millionen auf 14,7 Millionen oder um 11%. Dagegen wird die Zahl der größeren Haushalte erwartungsgemäß abnehmen: von 5,4 auf 4,7 Millionen oder um 13% (Dreipersonenhaushalte) bzw. von 5,7 auf 4,6 Millionen oder um 19% (Haushalte mit vier und mehr Personen).

Plus 3% Haushalte und minus 3% Bevölkerung in Haushalten bis 2020

Die Entwicklung in den Ländern wird unterschiedlich verlaufen (siehe Abbildung 15 und Tabelle 3 auf Seite 32). Die Zahl der Haushalte in den alten Flächenländern und in den Stadtstaaten wird - trotz des leichten Bevölkerungsrückgangs in den meisten dieser Länder - künftig steigen. In den neuen Ländern wird es dagegen künftig weniger Haushalte geben. Die hier zu erwartende Bevölkerungsabnahme um gut 10% (bis zum Jahr 2020) wird sich auch auf die Entwicklung der Haushaltszahl negativ auswirken. Ihr Rückgang wird durch die Zunahme der Zweipersonenhaushalte zwar deutlich abgebremst, jedoch nicht kompensiert.

Abbildung 15

**Veränderung der Zahl der Haushalte
2020 *) gegenüber 2005 **)**
in %



*) Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung-2007 nach der Trendvariante.

**) Ergebnisse für das Ausgangsjahr 2005 beruhen auf einer Schätzung und können leichte Abweichungen von den Jahresergebnissen des Mikrozensus 2005 aufweisen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Tabelle 3

**Privathaushalte 2005 *) und 2020 **) nach Zahl der Haushaltsmitglieder
in 1 000**

Bundes- länder	Privathaushalte									
	Insgesamt		davon							
			mit 1 Person		mit 2 Personen		mit 3 Personen		mit 4 und mehr Personen	
	2005	2020	2005	2020	2005	2020	2005	2020	2005	2020
Alte Flächenländer										
Baden-Württemberg	4 902	5 264	1 778	2 042	1 574	1 850	670	621	879	751
Bayern	5 815	6 220	2 200	2 499	1 840	2 144	809	747	967	830
Hessen	2 870	2 968	1 054	1 154	980	1 099	397	351	438	363
Niedersachsen	3 794	3 895	1 458	1 586	1 265	1 426	485	417	586	465
Nordrhein-Westfalen	8 460	8 670	3 085	3 370	2 906	3 219	1 162	1 015	1 308	1 066
Rheinland-Pfalz	1 877	1 941	673	743	623	707	278	245	303	246
Saarland	504	494	190	198	171	183	75	61	68	51
Schleswig-Holstein	1.353	1.424	492	555	494	560	176	155	191	154
Neue Länder										
Brandenburg	1 234	1 243	425	461	455	515	215	170	140	97
Mecklenburg-Vorpommern	845	806	312	314	307	326	137	105	88	60
Sachsen	2 193	2 075	887	873	787	801	305	243	215	158
Sachsen-Anhalt	1 207	1 100	433	426	438	442	209	151	127	82
Thüringen	1 141	1 066	425	422	393	412	193	144	130	88
Stadtstaaten										
Berlin	1 916	1 962	992	1 078	571	589	200	170	154	124
Bremen	358	377	174	197	115	119	35	32	35	29
Hamburg	949	1 026	468	539	289	307	99	95	94	86
Deutschland 1)	39 419	40 541	15 048	16 455	13 207	14 722	5 442	4 720	5 723	4 644

*) Ergebnisse für das Ausgangsjahr 2005 beruhen auf einer Schätzung und können leichte Abweichungen von den Jahresergebnissen des Mikrozensus 2005 aufweisen.

**) Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung-2007 nach der Trendvariante.

1) Ergebnis weicht von der Summe der Länderergebnisse modellbedingt geringfügig ab.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

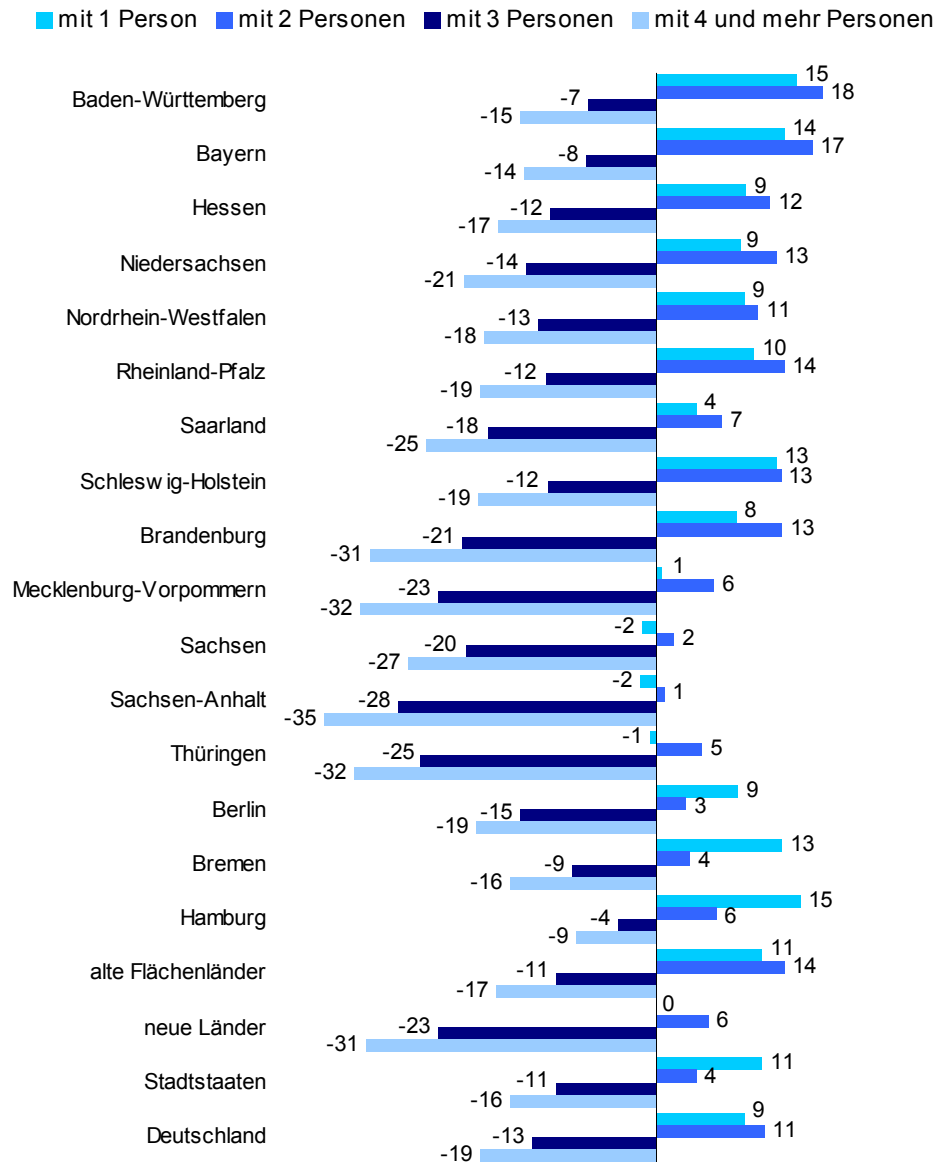
In den alten Flächenländern und den Stadtstaaten wird es 2020 4% mehr Haushalte geben

In den alten Flächenländern und in den Stadtstaaten wird die Zahl der Haushalte durchschnittlich um 4% zunehmen. Am stärksten steigt sie in Baden-Württemberg (7%), Bayern (7%) und Hamburg (8%) an. Das Saarland verzeichnet einen leichten Rückgang um 2%. Für die übrigen westlichen Flächenländer sowie Berlin und Bremen wird eine Zunahme der Haushaltszahl zwischen 2 und 5% erwartet.

Während in den alten Flächenländern die Zahl der Zweipersonenhaushalte stärker zunehmen wird als die der Einpersonenhaushalte, tragen in den Stadtstaaten vor allem die Einpersonenhaushalte zur Steigerung der Haushaltszahl bei (siehe Abbildung 16).

Abbildung 16

**Veränderung der Haushalte nach Haushaltsgröße
2020 *) gegenüber 2005 **)**
in %



*) Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung-2007 nach der Trendvariante.

**) Ergebnisse für das Ausgangsjahr 2005 beruhen auf einer Schätzung und können leichte Abweichungen von den Jahresergebnissen des Mikrozensus 2005 aufweisen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

5% weniger Haushalte in den neuen Flächen- ländern bis 2020 mit re- gionalen Unterschieden

Durch den Rückgang der Bevölkerung würden auch die Haushalte in den neuen Ländern um mehr als 10% sinken, wenn die Verteilung der Bevölkerung nach den Haushalten unterschiedlicher Größe auf dem Stand von heute verharren würde (Status-Quo-Variante). Da die Entwicklung zu kleineren Haushalten weitergehen dürfte, wird dieser Rückgang jedoch nicht so stark ausfallen: Die Haushaltszahl wird bis zum Jahr 2020 durchschnittlich nur um 5 % sinken (Trendvariante). Zwischen den neuen Ländern gibt es dabei deutliche Unterschiede: In Brandenburg bleibt die Haushaltszahl fast stabil (+1%), in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen geht sie leicht zurück (jeweils –5%), während Sachsen-Anhalt und Thüringen 9% bzw. 7% ihrer Haushalte verlieren werden.

Die Zahl der Einpersonenhaushalte wird in Brandenburg stärker (+8%) und in Mecklenburg-Vorpommern leicht (+1%) zunehmen, in den übrigen neuen Ländern wird sie um 1 bis 2% sinken. Die Zweipersonenhaushalte nehmen in allen neuen Ländern zu, wobei eine stärkere Zunahme in Brandenburg (+13%) und eine ganz geringe in Sachsen-Anhalt (+1%) zu erwarten ist. Die Zahl der größeren Haushalte geht in allen neuen Ländern zurück, wobei Sachsen-Anhalt am stärksten und Sachsen am geringsten betroffen sein wird: Dreipersonenhaushalte –20 bis –28%, Haushalte mit vier und mehr Personen –27 bis –35%.

Gerade für die Kommunen und den Wohnungsmarkt werden die oben aufgezeigten absehbaren künftigen Entwicklungen Herausforderungen darstellen. So benötigt eine zu erwartende ältere Bevölkerung eine entsprechende, auf sie zugeschnittene Infrastruktur. Dabei geht voraussichtlich das Schrumpfen der Bevölkerungsanzahl nicht mit einer entsprechenden Verringerung der Anzahl der Privathaushalte einher. Denn im Jahr 2020 wird es nach der beschriebenen Vorausberechnung in Deutschland nicht weniger, sondern sogar etwas mehr Privathaushalte geben. Der Trend zu kleineren Haushalten wird sich weiter fortsetzen, was wiederum unmittelbaren Einfluss auf die Anzahl und Größe der benötigten Wohnungen hat. Regional wird es dabei jedoch deutliche Unterschiede geben und dies auch innerhalb der Bundesländer.

- HIN, MONIKA UND SCHMIDT, SABINE (2007): *Alternde Erwerbsbevölkerung: Probleme oder Chance für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg?*, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, Heft 4/2007, S. 9 - 17.
- LANDESAMT FÜR DATENVERARBEITUNG UND STATISTIK NORDRHEIN-WESTFALEN (2005) (Hrsg.): *Auswirkungen des demografischen Wandels – Teil I*, Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen, Band 25, Düsseldorf.
- LANDESAMT FÜR DATENVERARBEITUNG UND STATISTIK NORDRHEIN-WESTFALEN (2006a) (Hrsg.): *Auswirkungen des demografischen Wandels – Teil II*, Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen, Band 36, Düsseldorf.
- LANDESAMT FÜR DATENVERARBEITUNG UND STATISTIK NORDRHEIN-WESTFALEN (2006b) (Hrsg.): *Auswirkungen des demografischen Wandels – Aktualisierte Ergebnisse der Modellrechnungen für die Bereiche Haushalte, Erwerbspersonen und Pflegebedürftigkeit*, Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen, Band 38, Düsseldorf.
- NICKEL, THOMAS (2005): *Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf das Arbeitskräfteangebot in Niedersachsen*, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen, Heft 5/2005, S. 259 - 268.
- PRISTL, KARL (2003): *Abschätzung des künftigen Pflegebedarfs, Pflegebedürftige – aktuelle Situation und Projektion bis 2020*, in: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Statistisch-prognostischer Bericht 2003, S. 153 - 171.
- STAATSMINISTERIUM BADEN-WÜRTTEMBERG (2004) (Hrsg.): *Einfluss der demografischen Entwicklung auf die Pflege- und Krankenhausversorgung*, Trends und Fakten 2004, Stuttgart.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2006a) (Hrsg.): *Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung*, Presseexemplar, Wiesbaden. 1)
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2006b) (Hrsg.): *Bevölkerung Deutschlands bis 2050, Ergebnisse der 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung*, (Ergebnisse nach den 12 Varianten sowie den 3 zusätzlichen Modellrechnungen der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung), elektronische Publikation, Wiesbaden.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2007a) (Hrsg.): *Bevölkerung Deutschlands nach Bundesländern bis 2050, Ergebnisse der 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung nach Ländern*, elektronische Publikation, Wiesbaden.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2007b) (Hrsg.): *Entwicklung der Privathaushalte bis 2025, Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung 2007*, elektronische Publikation, Wiesbaden.
- STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG (2005): *Die Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg – Eine Herausforderung für unsere Gesellschaft*, Statistische Analysen, Heft 3/2005, Stuttgart.
- STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2004) (Hrsg.): *Rheinland-Pfalz 2050: Zeitreihen, Strukturdaten, Analysen, II. Auswirkungen der demografischen Entwicklung*, Bad Ems.

1) Weitere Informationen zur 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung sind auf den Internetseiten des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) unter der Rubrik „Bevölkerung → Vorausberechnung Bevölkerung“ zu finden.

Statistisches Bundesamt

Statistisches Bundesamt
65180 Wiesbaden
<http://www.destatis.de>
Infoservice
Telefon: 06 11 / 75 - 24 05
Telefax: 06 11 / 72 - 40 00
<http://www.destatis.de/kontakt>

Statistisches Bundesamt
Zweigstelle Bonn
Postfach 17 03 77
53029 Bonn
Telefon: 0 18 88 / 644 - 1
Telefax: 0 18 88 / 644 - 89 90 / 89 91
E-Mail: poststelle@destatis.de

i-Punkt-Berlin/
EDS Europäischer Datenservice
Otto-Braun-Straße 70 – 72
10178 Berlin
Telefon: 0 18 88 / 644 - 94 27
Telefax: 0 18 88 / 644 - 94 30
<http://www.eds-destatis.de>
E-Mail: eds@destatis.de

Statistische Ämter der Länder

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
70158 Stuttgart
Telefon: 07 11 / 641 - 0
Telefax: 07 11 / 641 - 29 73
<http://www.statistik-bw.de>
E-Mail: auskunftsdienst@stala.bwl.de

Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung
80288 München
Telefon: 089 / 21 19 - 0
Telefax: 089 / 21 19 - 15 80
<http://www.statistik.bayern.de>
E-Mail: info@statistik.bayern.de

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Standort Potsdam
Dortustraße 46
14467 Potsdam
Telefon: 03 31 / 39 - 0
Telefax: 03 31 / 39 - 4 18

Standort Berlin
Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin
Telefon: 030 / 90 21 - 0
Telefax: 030 / 90 21 - 36 55
<http://www.statistik-berlin-brandenburg.de>
E-Mail: info@statistik-bbb.de

Statistisches Landesamt Bremen
Postfach 10 13 09
28013 Bremen
Telefon: 04 21 / 361 - 25 01
Telefax: 04 21 / 361 - 43 10
<http://www.statistik.bremen.de>
E-Mail: office@statistik.bremen.de

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Standort Hamburg
20453 Hamburg
Telefon: 040 / 42 83 1 - 0
Telefax: 040 / 42 83 1 - 13 33
<http://www.statistik-nord.de>
E-Mail: info-hh@statistik-nord.de

Standort Kiel
Postfach 71 30
24171 Kiel
Telefon: 04 31 / 68 95 - 0
Telefax: 04 31 / 68 95 - 93 72
<http://www.statistik-nord.de>
E-Mail: info-sh@statistik-nord.de

Hessisches Statistisches Landesamt
65175 Wiesbaden
Telefon: 06 11 / 38 02 - 0
Telefax: 06 11 / 38 02 - 8 90
<http://www.statistik-hessen.de>
E-Mail: info@statistik-hessen.de

Statistisches Amt
Mecklenburg-Vorpommern
Postfach 12 01 35
19018 Schwerin
Telefon: 03 85 / 48 01 - 0
Telefax: 03 85 / 48 01 - 44 16
<http://www.statistik-mv.de>
E-Mail:
statistik.auskunft@statistik-mv.de

Niedersächsisches Landesamt
für Statistik
Postfach 91 07 64
30427 Hannover
Telefon: 05 11 / 98 98 - 0
Telefax: 05 11 / 98 98 - 41 32
<http://www.nls.niedersachsen.de>
E-Mail:
auskunft@nls.niedersachsen.de

Landesamt für Datenverarbeitung
und Statistik Nordrhein-Westfalen
Postfach 10 11 05
40002 Düsseldorf
Telefon: 02 11 / 94 49 - 01
Telefax: 02 11 / 94 49 - 21 04
<http://www.lids.nrw.de>
E-Mail: statistik-info@lids.nrw.de

Statistisches Landesamt
Rheinland-Pfalz
56128 Bad Ems
Telefon: 0 26 03 / 71 - 0
Telefax: 0 26 03 / 71 - 19 44 44
<http://www.statistik.rlp.de>
E-Mail: info@statistik.rlp.de

Landesamt für zentrale Dienste
Statistisches Amt Saarland
Postfach 10 30 44
66030 Saarbrücken
Telefon: 06 81 / 501 - 00
Telefax: 06 81 / 501 - 59 15
<http://www.statistik.saarland.de>
E-Mail: pres-se.statistik@lzd.saarland.de

Statistisches Landesamt
des Freistaates Sachsen
Postfach 11 05
01911 Kamenz
Telefon: 0 35 78 / 33 - 0
Telefax: 0 35 78 / 33 - 19 21
<http://www.statistik.sachsen.de>
E-Mail: auskunft@statistik.sachsen.de

Statistisches Landesamt
Sachsen-Anhalt
Postfach 20 11 56
06021 Halle (Saale)
Telefon: 03 45 / 23 18 - 0
Telefax: 03 45 / 23 18 - 9 13
<http://www.statistik.sachsen-anhalt.de>
E-Mail:
info@stala.mi.sachsen-anhalt.de

Thüringer Landesamt für Statistik
Postfach 90 01 63
99104 Erfurt
Telefon: 03 61 / 37 - 9 00
Telefax: 03 61 / 37 - 8 46 99
<http://www.statistik.thueringen.de>
E-Mail:
auskunft@statistik.thueringen.de